

ROSALUX

JOURNAL DER ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

AUSGABE 3-2012



THEMA ALTERNATIVEN FÜR EINE SOLIDARISCHE GESELLSCHAFT

WIR KÖNNEN AUCH ANDERS

MIT BEITRÄGEN VON GABI ZIMMER, MICHAEL BRIE, CONSTANZE LINDEMANN, LUTZ BRANGSCH, DIETER KLEIN UND ANDEREN

RÜCKBLICK REMINISZENZ AN SCHRIFTSTELLER STEFAN HEYM

BLICKPUNKT GENDERFRAGEN - VON MARX BIS FRASER

STUDIENWERK WAS STIPENDIATINNEN NACHHALTIG EMPFEHLEN

INTERNATIONALES TAGUNG IN WARSCHAU ZUM ARBEITERBUND

Landbesetzung in Spanien.
Foto: www.sindicatoandaluz.org



IMPRESSUM ROSALUX — Journal der Rosa-Luxemburg-Stiftung
Erscheint vierteljährlich. Herausgeberin: Rosa-Luxemburg-Stiftung – Gesellschafts-
analyse und Politische Bildung e.V. · Franz-Mehring-Platz 1, D-10243 Berlin · Telefon
030 44310-130, Fax -122, www.rosalux.de · Verantwortlicher Redakteur: H. Heine
(V.i.S.d.P.) · Bildredaktion: E. Heil · Lektorat: Text-Arbeit, Berlin · Redaktionsschluss:
29.8.2012 · Titelfoto: Plakatausschnitt «Iaioflautas», Roger Ferrer Ibanez/Flickr · Satz
und Druck: MediaService GmbH Druck und Kommunikation · Auflage: 5.000 Stück
Bestellungen: K. Malingriaux, Telefon 030 44310-123, Fax -122, malingriaux@rosalux.de
Printed in Germany, August 2012 · ISSN 1864-6794

EDITORIAL 3

RÜCKBLICK

Initiative zum 100. Geburtstag von Stefan Heym gestartet	4
Macht und Freiheit – Müntzer-Symposium in Mühlhausen	5
Hearing beleuchtet Hintergründe des NSU-Terrors	5
ExpertInnen analysieren weltweite Werftindustrie in Leipzig	6
Argentinien, Chile, Guatemala: Nach den Militärdiktaturen	7
«Politik aktuell» zu Wahlchancen von US-Präsident Obama	7

AUSBLICK

Außenpolitische Konferenz an der Universität Potsdam	8
Energiepolitische Tagung in Köln	9
Konferenz «Netz für alle» in Berlin – Interview mit Glyn Moody	9
Marx-Herbstschule in Berlin	10
Filmtour «Catastroika» / Grundeinkommenskongress	10

BLICKPUNKT

Stiftung bietet Raum für queer-feministische Diskurse	11
Rosas Salon & Genderseminare: Angebot im Überblick	12

ANALYSE

Ohne greifbares Ergebnis – Rio+20-Gipfel in Brasilien	13
Gefahr für Europa – Fiskalpakt führt in die Depression	15

THEMA «WIR KÖNNEN AUCH ANDERS»

Lutz Brangsch und Michael Brie: Stunde der Alternativen	17
Gabriele Zimmer: Europäische Visionen	19
Dieter Klein: Demokratie auf allen Ebenen	20
Boris Kanzleiter: Solidarisch gegen die Mafia	21
Stefanie Götze: Aufs Gleis gesetzt	23
Axel Krumrey: Kommunale Rettung	23
Armin Osmanović: Das Beispiel Ivory Park	24
Constanze Lindemann: Ein Weg zu mehr Teilhabe	25

STUDIENWERK

Stipendiatischer Arbeitskreis zum Thema Nachhaltigkeit	26
Wanderausstellung mit Bildungscomics startet in Berlin	27

INTERNATIONALES

Tagung zur Geschichte des Jüdischen Arbeiterbundes	28
Nach den Wahlen in Mexiko	29
Neuer Arbeitskreis bringt Asieninteressierte zusammen	30
Ostafrika-Büro mit Konferenz zur Landfrage eröffnet	30
Kolloquium zu Luxemburg, Marcuse und Pedrosa in Sao Paolo	31

STIFTUNG

Beratender Begleiter – der Wissenschaftliche Beirat	32
Vorgestellt: Rosa-Luxemburg-Stiftung in Schleswig-Holstein	33

LESENSWERT

Rezension zu einem Sammelband über Lateinamerika	34
Neuerscheinungen	35



Heinz Vietze

Florian Weis

LIEBE LESERINNEN, LIEBE LESER,

der Glaube an die Stabilität und Gerechtigkeit des vorherrschenden kapitalistisch-marktwirtschaftlichen Systems hat auch in Deutschland spürbar gelitten. Warum aber bleiben Protest und Widerstand hierzulande so gering, wenn es um zentrale Fragen der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik geht? Warum schauen Linke so intensiv und zuweilen hoffnungs-, ja sehnsuchtsvoll nach Südeuropa und Lateinamerika? Auch die Rosa-Luxemburg-Stiftung hat sich in diesem Jahr intensiv mit sozialen Protesten in Chile, Nordafrika, Israel, Spanien und Griechenland beschäftigt, um nur einige Länder und Regionen zu nennen. Sie hat Analysen über die Gründe, Motive und Perspektiven der Protestierenden veröffentlicht und Akteurinnen und Akteure zu Bildungsveranstaltungen in vielen Städten Deutschlands eingeladen. Das Interesse an solchen Erfahrungsberichten ist groß. Ein Motiv ist Solidarität, zum Beispiel mit den Griechinnen und Griechen. Sie sind vielfach von existenziellen Kürzungen betroffen, die von der EU verordnet wurden. Ein zweites Motiv ist das Informationsbedürfnis, die Hoffnung auf Impulse auch für größere politische Aktivitäten in Deutschland wohl ein drittes.

In diesem Zusammenhang ist es eine makabre Ironie, dass eine «Bild»-Schlagzeile aus dem Oktober 2010 («Verkauft doch eure Inseln, ihr Pleite-Griechen!») – Anlass auch für eine außerordentlich erfolgreiche Stiftungsbroschüre in der Reihe «Luxemburg Argumente» – nun tatsächlich Teil der griechischen Regierungspolitik werden könnte. Angesichts vieler Äußerungen deutscher Politikerinnen und Politiker sowie zahlreicher klischeebeladener Medienäußerungen verwundert es wenig, dass das deutsche Image in Griechenland stark gelitten hat. Dies mag ein Hintergrund dafür sein, dass alle deutschen politischen Stiftungen zusätzliche Mittel des Auswärtigen Amtes für ihre Arbeit in Griechenland bekommen. Die

Rosa-Luxemburg-Stiftung nutzt sie, um im Geiste solidarischer Kooperation mit griechischen Partnerinnen und Partnern Projekte gewerkschaftlicher, kommunalpolitischer und zivilgesellschaftlicher Art zu unterstützen, die eine ganz andere Politik als die vorherrschende in Brüssel und Athen zum Ziel haben. Alternativen zur brachialen Kürzungspolitik zu suchen und eine solidarische Kooperation zwischen deutschen, griechischen und europäischen Akteuren zu befördern, ist auch eine Aufgabe des Verbindungsbüros der Stiftung, das am 9. Oktober in Athen eröffnet wird.

Seine Arbeit bereits aufgenommen hat das Auslandsbüro im tansanischen Daressalam, von wo aus die Rosa-Luxemburg-Stiftung ihre Arbeit in Ostafrika weiterentwickeln will (Seite 30). Ein weiteres Büro wird im November in New York eröffnet, um die Arbeit mit linken gewerkschaftlichen, zivilgesellschaftlichen, politischen und wissenschaftlichen Akteuren in den USA und Kanada zu befördern sowie eine Vertretung am Sitz der UNO sicherzustellen.

Solidarische Alternativen zu einer Austeritätspolitik und einer zunehmend marktförmigen Demokratie zu formulieren, ist eine Aufgabenstellung, die sich die Rosa-Luxemburg-Stiftung mit dem übergreifenden Projekt «Lasst uns über Alternativen reden. Solidarität und Gerechtigkeit. Für einen demokratischen Sozialismus» gegeben hat. Der Weg zu einem kohärenten politischen Entwurf, der nicht dogmatisch abgeschlossen ist und keine alte Denkungsart in Haupt- und Nebenwidersprüchen wiederbelebt, ist noch weit. Erste Schritte dorthin, Elemente einer gesellschaftlichen Alternative, werden im Themenschwerpunkt dieses Heftes vorgestellt (Seiten 17 bis 25). Wir wünschen Ihnen eine aufschlussreiche Lektüre.

HEINZ VIETZE IST VORSTANDSVORSITZENDER, FLORIAN WEIS IST GESCHÄFTSFÜHRENDES VORSTANDSMITGLIED DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

DIALOG DURCH DIE MAUER Für DDR-Bürger ebenso wie für viele internationale Beobachterinnen war es ein Paukenschlag, worüber Presse, Funk und Fernsehen Ende August 1987 berichteten: Mitten im Kalten Krieg stellten Vertreter von SPD und SED in Berlin (Ost) und in Bonn eine gemeinsame Grundsatzerklärung vor. Titel: «Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit.» Fast auf den Tag genau 25 Jahre danach trafen sich die Protagonisten bei einer Podiumsrunde der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin wieder. Moderiert von der «taz»-Journalistin Ulrike Herrmann sprachen Erhard Eppler, Rolf Reißig, Thomas Meyer und Dieter Klein vor mehr als 100 ZuhörerInnen über ihren «Dialog durch die Mauer» von damals – und darüber, wie notwendig politische Verständigungsversuche auch im heutigen Zeitalter globaler Konflikte sind. Videos und Verweise auf mehrere Publikationen finden sich online unter www.rosalux.de/documentation/46569.



Stefan Heym bei einer Signierstunde im Jahr 1998 auf dem Solibasars am Berliner Alexanderplatz, begrüßt von Gregor Gysi. Foto: ND/B. Lange

AXEL KRUMREY

SEIN WORT IST NOCH DA

INITIATIVE ZUM 100. GEBURTSTAG VON STEFAN HEYM – SZENISCHE LESUNG IN BERLIN

Am 13. April 2013 jährt sich der Geburtstag von Stefan Heym zum 100. Mal. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung erinnert an das Schaffen des Schriftstellers, der 2001 in Israel verstarb.

Mitte Mai wurde eine Initiative ins Leben gerufen, der sich neben der Witwe Inge Heym unter anderen der Schriftsteller Ingo Schulze von der Akademie der Künste, die linke Bundestagsabgeordnete Lukrezia Jochimsen und Ulrike Uhlig von der Internationalen Stefan-Heym-Gesellschaft anschlossen. Der Auftakt fand im Roten Salon der Berliner Volksbühne statt. Einen besonderen Blick auf das Leben Heyms organisierte die Stiftung beim Fest der Linken im Juni in der Berliner Kulturbrauerei. Gemeinsam mit dem Regisseur und Produzenten Franz Sodann gelang es, eine prominent besetzte szenische Lesung zu konzipieren. Sie basierte auf Interviews Heyms, Zeitungsmittellungen und Romanauszügen. Neben den ErzählerInnen Sodann und Jochimsen wirkten als «InterviewerInnen» Barbara Höll, Gesine Löttsch, Heinz Vietze und Thomas Nord mit. Die unterschiedlichen Lebensabschnitte Heyms wurden von Dagmar Enkelmann, Beate Klarsfeld, Jan Korte und Florian Weis charakterisiert. Die Darstellung brachte eindrucksvoll den Dissidenten Heym zum Ausdruck, der seine politischen Positionen nicht zu verändern schien – aber mitbekam, dass sich sein Umfeld veränderte. Sodann gelang es, Heyms Äußerungen mit den Charakteren der DarstellerInnen zu verknüpfen. So trug die Verfolgerin von NS-Verbrechen und Bundespräsidentenskandidatin der LINKEN von 2012, Beate Klarsfeld, vor, wie «ekelhaft» es sei, dass «das Alte an allen Ecken und Enden» wieder hochkomme. Gemeint war Heyms Kritik an den restaurativen Tendenzen im Nachkriegsdeutschland aus

dem Jahr 1988. Dass Heym auch spitzzünftig sein konnte, zeigte ein Gespräch mit Wilhelm Schwarz von der kanadischen Laval-Universität im Jahr 1977. Heym, verkörpert von Florian Weis, erläuterte, dass er die «Teilung der Welt in zwei Lager mit verschiedenen gesellschaftlichen Strukturen» als förderlich für den Fortschritt empfinde. Die Meinung sei ihm noch nicht begegnet, antwortete Schwarz, dargestellt von Gesine Löttsch. Woraufhin Heym nachschob: «Na, sehen Sie, haben Sie mal was Neues gehört.»

Franz Sodann mied auch nicht die deutlichen Worte Heyms nach der deutschen Einheit, etwa zum Umgang mit inoffiziellen Mitarbeitern der Staatssicherheit. Heym eckte an, zunächst in Nazi-Deutschland, dann in den USA, später in der DDR und nicht zuletzt in der Bundesrepublik. In seinen Texten und Büchern wurde das deutlich. Er schwieg eben nicht. Sodann versinnbildlichte dies dramaturgisch gelungen mit einem Filmausschnitt am Ende der Lesung, der den alten Heym aus dem Bild der Kamera spazierend zeigt, und den Zeilen: «Aber mein Wort ist noch da, die Kraft meiner Sprache».

AXEL KRUMREY IST REFERENT IM BÜRO DER GESCHÄFTSFÜHRUNG DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

BEIM FEST DER LINKEN war die Stiftung auch mit einer Gesprächsrunde zum NSU-Terror mit Petra Pau und Uwe-Karsten Heye vertreten. Über die Krise in Europa diskutierten zudem Sahra Wagenknecht, Bernd Riexinger sowie – zugeschaltet via Skype – mehrere AktivistInnen: www.rosalux.de/documentation/46273.

KATHRIN GERLOF

ZERRISSENES BILD

MÜNTZER-SYMPIOSIUM LOTETE THEMEN WIE MACHT UND FREIHEIT AUS

Als geschlagener Mann war Thomas Müntzer hinter den Diskutierenden zu sehen. Der Ausschnitt aus Tübkes Bauernkriegspanorama passte zum Thema «Macht, Freiheit, Reformation», das Mitte Mai in der Mühlhausener Kornmarktkirche verhandelt wurde.

Margot Käßmann, Botschafterin des Rates der Evangelischen Kirche für das Reformationsjubiläum 2017, die einstige Pröbstin Elfriede Begrich, der Dekan der katholisch-theologischen Fakultät Erfurt, Josef Freitag, und der Rabbiner Walter Homolka näherten sich Müntzer, indem sie das Maß ihrer Nähe oder Fremdheit zu ihm bestimmten. Daraus entstand ein zerrissenes Bild, wohltuend offen und frei von schnellen Antworten. So hatten es sich die Moderatorinnen Luc Jochimsen und Birgit Klaubert vorgestellt: fragend, behutsam neu bestimmend. So redeten auch die miteinander, die gefragt waren zum Verhältnis von Macht, Freiheit und Reformation.

In der zweiten großen Diskussionsrunde trafen der CSU-Bundestagsabgeordnete Peter Gauweiler, der einstige SPD-Ministerpräsident Sachsen-Anhalts Reinhard Höppner sowie der linke Thüringer Landtagsfraktionschef Bodo Ramelow aufeinander. Sie repräsentierten, wie Jochimsen zu Beginn sagte, die Macht. Was sage ihnen einer wie Müntzer, der die Macht infrage stellte? Noch nie in seinem Leben habe er auf einer Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stif-

tung gesprochen und er habe den Müntzer bis dato auch nur als DDR-Nationalhelden wahrgenommen, beginnt Gauweiler. Und aufnehmend, was vorher beredet wurde: «Die Macht des Wortes führt uns immer wieder zusammen. Das ist gut.» Aber der Müntzer, sagte er später, habe ein Reich der Auserwählten gewollt und dieses Verhängnisvolle sei uns vertraut. Bodo Ramelow zitierte Paulus: Tu nichts aus Eigennutz, sondern für andere. Er redete vom Versagen der Politik in Zeiten der Krise, davon, dass sie sich entmündigen ließe von den Banken und Renditejägern, dass Politik nur noch gut sein könne, wenn sie Teil eines Bündnisses werde und zwar mit jenen, die Schaden davon haben, dass ungehemmt spekuliert und lohngedrückt werde. Höppner mochte Müntzer in all seiner Fehlbarkeit im Blick gehabt haben, als er davon redete, dass Verantwortung übernehmen nicht heißen könne, keine Fehler mehr zu machen. Man dürfe niemandem, der suche, unterstellen, er liefe in die falsche Richtung.

Das Beste an diesem Tag in der Kornmarktkirche war: Es gab am Ende noch immer mehr Fragen als Antworten. Und jede Antwort, die gegeben wurde, war vorläufig. Eine so streitbare und auch umstrittene Persönlichkeit wie Müntzer ist noch heute ausreichend Grund, miteinander zu reden.

KATHRIN GERLOF IST FREIE JOURNALISTIN IN BERLIN

KIRA GÜTTINGER

GEGEN DIE STILLE IM LAND

ÖFFENTLICHES HEARING ZU DEN FOLGEN UND HINTERGRÜNDE DES NSU

«Entsetzt», «von nichts gewusst», «völlig überrascht», – so lauteten die staatlichen Reaktionen auf die Mordserie des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU).

Der offiziellen Fassungslosigkeit setzte Anfang Juni ein breites Bündnis mit Unterstützung der Rosa-Luxemburg-Stiftung das Hearing «Schweigen und Verschweigen – Rassismus, NSU und die Stille im Land» entgegen. Mehr als 250 Menschen kamen zu der Veranstaltung in der Akademie der Künste in Berlin. Imran Ayata, Mitbegründer von kanak attack, beleuchtete eingangs Aspekte des rassistischen Konsenses in der Gesellschaft. Danach behandelte das erste Panel den Umgang staatlicher Institutionen, Medien und der Gesellschaft mit den Opfern des NSU. Stellvertretend für die Betroffenen der Mordserie schilderte Yavuz Narin die fatalen Dimensionen des staatlichen und gesellschaftlichen Wegsehens. Er ist Nebenklagevertreter der Angehörigen des in München getöteten Theodoros Boulgarides. Eindringlich beschrieb Narin die von rassistischen Zuschreibungen bestimmten und – wie wir heute wissen – völlig ahnungslosen Ermittlungen seitens der Behörden.

Unter dem Titel «Bewaffneter Rechtsextremismus: Kontinuitäten, Milieus und staatliches Versagen» diskutierten anschließend Expertinnen und Experten über die Neonazi-Szene und rassistische Alltagspraktiken in Deutschland. David Begrich vom Verein «Mitei-

nander» verdeutlichte, dass die im Alltag verankerte und zum Milieu gewachsene «neo-nationalsozialistische Bewegung» viel wesentlicher und realer sei als all jene öffentlich agierenden Gruppierungen wie Freie Kameradschaften und Autonome Nationalisten. Dass der NSU nicht etwa aufgrund von Pannen über Jahre hinweg unbehelligt morden konnte, sondern vielmehr aufgrund des in Deutschland praktizierten institutionellen Rassismus, betonte Kati Lang von der Opferberatung der RAA Sachsen. Entpolitisierung und Verharmlosung seien bei rechter Gewalt ein bekanntes Muster staatlichen und behördlichen Handelns.

Das dritte und letzte Panel widmete sich den Chancen und Grenzen parlamentarischer und außerparlamentarischer Aufklärungsarbeit. Am Ende stand fest: Nur durch langfristige antirassistische Arbeit kann das gesellschaftliche Schweigen gebrochen werden. An diesem Punkt gab es auch Anlass zur Selbstkritik. Denn auch in der weißen deutschen Linken und Antirassismus-Szene ist der rassistische Hintergrund der Morde trotz mehrerer Hinweise und offensichtlicher Anhaltspunkte nicht gesehen worden. Es bedarf somit weiterer Auseinandersetzung mit dem Thema. Zusätzliche Infos gibt es unter www.buendnis-gegen-das-schweigen.de.

KIRA GÜTTINGER IST PROJEKTMITARBEITERIN IM REFERAT NEONAZISMUS UND STRUKTUREN DER UNGLEICHWERTIGKEIT DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG



Werft in Hamburg: Die Branche galt in Europa als «Declining Industry». Ihr Wiederaufbau geht mit unsicherer Beschäftigung einher. Foto: princessjanke/Flickr

SARAH GRABER MAJCHRZAK

PREKÄR AM SCHWARZEN MEER

TAGUNG BEFASSTE SICH MIT DEN ARBEITSBEDINGUNGEN IM GLOBALEN SCHIFFBAU

Mitte Juni diskutierten an der Universität Leipzig rund 30 WissenschaftlerInnen über die Veränderung der Arbeitsverhältnisse in der weltweiten Schiffbauindustrie.

Über Jahrzehnte war die Branche in Europa geprägt von Umstrukturierungen, Massenentlassungen und Betriebsschließungen. Streiks und Proteste endeten meist in Niederlagen. Der Konkurrenzdruck durch Schiffbaunationen wie Südkorea, Japan und Brasilien nahm zu. Gleichzeitig verringerte sich die Nachfrage nach Tankerschiffen erheblich. In den Sozialwissenschaften bezeichnete man die Schiffbauindustrie deswegen auch öfters als «Declining Industry», als rückläufige Industriebranche. In Leipzig wurde der europäische Blickwinkel um eine globale Perspektive erweitert. Dabei wurde auch über das Widerstandspotenzial der ArbeiterInnen gesprochen. Die TeilnehmerInnen diskutierten zudem, inwiefern die Theorie einer Verschiebung der Produktionsstätten von Nord nach Süd und von West nach Ost gründlicher betrachtet werden muss.

Beispiel Argentinien: Juliana Frassa und Cintia Russo betonten die aktive Rolle der Arbeiterschaft bei der Rettung der Industriebranche in den 1990er Jahren. Durch massive Proteste wurde etwa eine Werft vor der Privatisierung und Stilllegung bewahrt und selbstverwaltet weitergeführt. Wichtig waren die aktive Rolle der Gewerkschaften und eine breite regionale Solidarisierung. Gleichzeitig war es aber auch politische Kalkül der Regierung, mit der Übergabe der Werft landesweite Proteste zu befrieden und mit der Privatisierungspolitik anderswo fortfahren zu können. Die Türkei wiederum ist ein gutes Beispiel für einen Wiederaufbau der Werftindustrie in

Europa in neuer Form. Asli Odman erläuterte die Hauptprobleme: die Schwierigkeit der Organisierung der Arbeiterschaft, der sehr schlechte Gesundheitsschutz und die vielen, mitunter tödlichen Arbeitsunfälle auf den Werften. In der Türkei haben sich heute über 70 kleinere und mittelgroße Werften südlich von Istanbul in der Region Tuzla und am Schwarzen Meer angesiedelt. Dabei sind 80 bis 90 Prozent der WerftarbeiterInnen Beschäftigte von Subunternehmen. Mehr als tausend Klein- und Kleinstunternehmen bieten den Werften ihre Arbeitskräfte an. Das Subunternehmenssystem zeichnet sich durch besonders prekäre Arbeitsverhältnisse und schlechte Organisierung der Arbeiterschaft aus, zudem gibt es wenig gesetzliche Regulierung und Kontrolle in diesem Bereich. Wie Wonchul Shin aus Südkorea belegte, ist es in der südostasiatischen Werftindustrie bereits seit dem Zweiten Weltkrieg weit verbreitet und wird je nach Verhalten der Gewerkschaften von staatlicher Seite stärker reguliert oder auch liberalisiert.

Die Tagung «Global Labour History in Perspective – Shipbuilding Industry and Globalization since 1950» wurde von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, der Stiftung für Menschenwürde und Arbeitswelt und dem Centre for Area Studies Leipzig unterstützt. Ein ausführlicher Bericht findet sich unter www.rosalux.de/news/38561. Unter <http://socialhistory.org/en/projects/global-shipbuilding> ist zudem mehr über das Forschungsprojekt zu erfahren.

SARAH GRABER MAJCHRZAK ARBEITET AM ZENTRUM FÜR ZEITHISTORISCHE FORSCHUNG POTSDAM. SIE IST PROMOTIONSSTIPENDIATIN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

VERONA WUNDERLICH

EX-GENERAL AN DER MACHT

KONFERENZ ZUR AUFARBEITUNG DER MILITÄRDIKTATUREN IN LATEINAMERIKA

Das Viertelfinalspiel der EM machte dem Auftakt der zweitägigen Konferenz zur «Aufarbeitung der Militärdiktaturen heute» im Juni in Berlin starke Konkurrenz.

Dennoch kamen etwa 50 Interessierte zur Vorführung des Films «La Isla» über das geheime Polizeiarchiv in Guatemala. Konzipiert und organisiert wurde die Konferenz vom Arbeitskreis der Hellen Panke gemeinsam mit den Interbrigadas e. V. und der Alexander-von-Humboldt-Gesellschaft. In den Blick genommen werden sollten an den beiden Tagen die jeweiligen Besonderheiten der Aufarbeitungsprozesse von Militärdiktaturen in Lateinamerika am Beispiel von Argentinien, Chile und Guatemala.

Welche gesellschaftspolitischen Kräfte noch heute für oder auch gegen die Aufarbeitung stehen, stand im Zentrum der Diskussion um Guatemala. Anlass dazu gab nicht zuletzt die Wahl Otto Pérez Molinas zum Präsidenten des Landes im November letzten Jahres: Der Ex-General war einer der Mitverantwortlichen des Genozids, bei dem in den Jahren 1960 bis 1996 über 200.000 überwiegend indigene Menschen ermordet wurden. Inzwischen kam es zwar zu einzelnen Verfahren gegen Militärangehörige des Landes, doch die «intellektuellen Verantwortlichen» werden nach wie vor kaum belangt, sondern nur einzelne Handlanger verurteilt. Gab es in Chile und Argentinien zwar deutlich weniger Opfer als in Guatemala, so sind

beide Länder doch ebenfalls von den Militärdiktaturen traumatisiert. In Chile etwa gab es keine großen Brüche im politischen System. Zugleich aber kommt es zu Studierenden- und Jugendprotesten, bei denen symbolisch die Täter von damals verurteilt werden. In Argentinien stellt sich die Situation noch einmal anders dar. Dank überaus aktiver Menschenrechtsbewegungen und europäischer Strafverfolgungsorgane wurde die Straflosigkeit der Verantwortlichen gebrochen. Während Militärangehörige verurteilt wurden, steht die Anklage gegen die «ökonomischen Akteure» wie Ford und Mercedes Benz allerdings noch aus. In der Diskussion wurden zudem auch die Grenzen der Strafprozesse als Form der Aufarbeitung deutlich: Durch ihre Fokussierung auf einzelne Täter kommt die Infragestellung des Systems als Ganzes zu kurz.

Welche große Bedeutung Kunst und Kultur bei der Aufarbeitung haben, wurde auf allen Podien deutlich: Film, Musik, Literatur und Malerei sind in allen drei Ländern wesentliche Medien der Auseinandersetzung. Das zeigte sich auch bei der Konferenz selbst: Der Konferenzraum war geschmückt mit zwei großen Transparenten, die eigens von argentinischen WandbildmalerInnen im Rahmen des Projekts «Aufstand der Farben» hergestellt worden waren.

VERONA WUNDERLICH IST PROJEKTMANAGERIN LATEINAMERIKA IN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

KATRIN SCHÄFGEN

ENTSCHEIDUNG IM SÜDEN

STEPHEN BRONNER SPRACH ZU WIEDERWAHLCHANCEN VON US-PRÄSIDENT OBAMA

Wie stehen die Chancen für eine Wiederwahl von Barack Obama als US-Präsident im kommenden November? Dieser Frage widmete sich Stephen Bronner in der Reihe Politik aktuell im Mai in Berlin.

Die Wahlen werden dort gewonnen, wo die Bevölkerung zumeist weiß ist, wo die Geschlechterverhältnisse traditionell geprägt sind, wo es keine Schwulen gibt und wo der Staat weit weg ist: in den Staaten des Südens und mittleren Westens, so Stephen Bronner im Berliner Umspannwerk Ost. Ob Obama wiedergewählt wird, ist unklar. Denn in diesen Staaten dominiert die Tea-Party-Bewegung. Allerdings – so Bronner – seien diese konservativen Strömungen historisch gesehen nicht wirklich neu. Sie seien jeweils in Reaktion auf progressive Präsidenten entstanden und ein wiederkehrendes Phänomen in den USA. Entscheidend sei aus seiner Sicht nicht so sehr das Erstarken der Tea-Party-Bewegung, sondern der Zusammenbruch der Republikaner. Progressive und intellektuelle Kräfte kehrten ihr immer mehr den Rücken. Gleichwohl agiere eine Minderheit der Republikaner sehr öffentlichkeitswirksam mit ihren Angriffen auf Obama aufgrund seiner Hautfarbe, seiner Herkunft und seiner Intellektualität sowie mit dem Vorwurf, Obama wolle eine sozialistische Revolution anzetteln. Obama selbst befinde sich politisch in einer Zwickmühle: Während ihn die Rechte als Sozialisten,

Kommunisten oder Troztkisten öffentlich diffamiert, sehen die Linken in ihm einen Verräter gemeinsamer politischer Ziele.

Neue Hoffnung auf einen politischen Aufbruch habe die Linke in den USA mit dem Aufkommen der Occupy-Wall-Street-Bewegung verbunden. Von Beginn an habe die Bewegung einen erheblichen Druck auf Obama ausgeübt. Gleichzeitig sei es Occupy Wall Street gelungen, die Tea-Party-Bewegung von den Titelseiten der US-Zeitungen zu verdrängen. Sie habe politische Handlungsfähigkeit demonstriert und damit erheblichen Einfluss auch auf die Gewerkschaften genommen. Die politische Linke verwehre Obama mehr und mehr ihre Unterstützung. Stimmen, die dazu aufrufen, Obama nicht zu wählen, nehmen zu. Bronner machte klar, dass er dies für einen falschen Ansatz hält. Bei aller Unzufriedenheit insbesondere mit der Außenpolitik Obamas müsse anerkannt werden, dass er sich für die Rechte von Frauen und Schwulen einsetzt, dass er für eine Gesundheitsversicherung für alle US-BürgerInnen steht und außenpolitisch für Friedenspolitik. Angesichts des Kopf-an-Kopf-Rennens von Obama und Romney würde der Verzicht auf eine Unterstützung Obamas durch die Linke den sicheren Wahlsieg für die Republikaner bedeuten.

KATRIN SCHÄFGEN IST DIREKTORIN DES STUDIENWERKS DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG



US-Soldaten in der afghanischen Provinz Paktika nahe der Grenze zu Pakistan. Foto: The U.S. Army/Flickr

ERHARD CROME

NEUE MÄCHTE IM BLICK

KONFERENZ UNTERSUCHT INTERNATIONALE KRÄFTEVERHÄLTNISSE

Am 11. und 12. Oktober findet die außenpolitische Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung statt. Die Tagung an der Universität Potsdam dreht sich um Weltordnungen im 21. Jahrhundert.

Organisiert wird die Konferenz in Zusammenarbeit mit der Zeitschrift WeltTrends. Sie befasst sich mit der Frage von Hegemonie in den internationalen Beziehungen. Kann Multipolarität ein Gegenbild sein? Die internationalen Beziehungen heute sind von der Verlagerung des Schwerpunktes der Weltwirtschaft nach Asien geprägt, für die der Aufstieg Chinas zentral ist. Die Erschütterungen und Auseinandersetzungen im Weltsystem, wie sie in der Weltfinanz- und Weltwirtschaftskrise seit dem Jahr 2008 und den verschiedenen Kriegen der vergangenen 20 Jahre zum Ausdruck kommen, haben eine Zunahme von Gefährdungen mit sich gebracht.

Deshalb gilt es, Konzepte von Weltordnung im Wechselverhältnis zu den Veränderungen in der Welt neu zu sichten. Theoretisch-politische Vorstellungen von Ordnung in der Welt müssen sich von eurozentristischen beziehungsweise west-zentristischen Vorstellungen lösen. Im zweiten Schwerpunkt geht es deshalb um die Machtverschiebungen im 21. Jahrhundert. Diskutiert werden neue Analysen aus Europa und den USA sowie die Perspektiven der «neuen Mächte» China, Russland, Indien und Brasilien.

Die Frage, ob Deutschland im 21. Jahrhundert eine neue Rolle in der Weltpolitik inne hat, bildet einen dritten Schwerpunkt der Konferenz. Ist die «deutsche Frage» wieder aktuell? In der Abschlussdebatte wird es um die Möglichkeiten einer friedlichen Weltordnung gehen. Hegemonialordnungen tragen stets die Gefahr des Krieges

in sich, zumal wenn Wettüsten und militärische Konflikte zunehmen. Wie können Umriss einer friedlichen Weltordnung aussehen? Die erste außenpolitische Konferenz der Stiftung fand im Jahr 2008 zum Thema Militärinterventionen statt. Ein Jahr danach beschäftigte sich die Tagung mit der NATO. Eigentlich hätte nach dem Ende des Kalten Krieges und dem Zusammenbruch des realsozialistischen Gesellschaftssystems im Osten Europas auch das Ende des Militärbündnisses angestanden. Die NATO-Regierungen wollten den Nordatlantikkpakt jedoch als Weltpolizisten des Westens beibehalten. Die Niederlagen in den Kriegen in Irak und Afghanistan waren Konsequenz dieser verfehlten Strategie: Die NATO sichert den Frieden nicht, sondern gefährdet ihn. Die Tagung im darauffolgenden Jahr stellte sich der Frage nach Lösungswegen. Dabei ging es konkret um die Rolle der UNO und des Völkerrechts in den internationalen Beziehungen der Gegenwart. Auch das Thema der Konferenz im vergangenen Jahr war aus den Ergebnissen der Konferenz von 2009 abgeleitet: Wie muss eine gesamteuropäische Sicherheitsarchitektur aussehen, die diesen Namen verdient?

ERHARD CROME IST REFERENT FÜR FRIEDENS- UND SICHERHEITSPOLITIK IN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

DAS VERHÄLTNIS Deutschlands zur Volksrepublik China steht Ende September im Mittelpunkt des diesjährigen Potsdamer Kolloquiums zur Außenpolitik. Mehr unter www.rosalux.de/event/46467.

RAINER NICKEL

ROTE SONNE

TAGUNG IN KÖLN STELLT SICH DER FRAGE
NACH EINER LINKEN ENERGIEPOLITIK

Die Energiewende ist in aller Munde. Doch wie kann linke Politik in diesem Zusammenhang aussehen? Dieser Frage widmet sich die Konferenz «Die Linke und die Energiewende – Rote Sonne über Europa?» am 9. und 10. November in Köln.

Als Linke gilt es, die Energiewende sozial zu gestalten, Energiearmut zu verhindern und eine Transformation des Energiesystems als Ganzes in Angriff zu nehmen. Eine alternative Politik kann nur Grundbestandteil für einen sozialökologischen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft sein. Die Umbrüche hin zu erneuerbaren Energien muss die Linke als Kampffelder um Eigentums- und Verfügungsstrukturen begreifen. Die Chancen sind vorhanden, dass mit dem Ende des fossil-nuklearen Kapitalismus monopolistische Konzernstrukturen und machtbasierende Großtechnologien zerschlagen werden können. Nur so wäre eine alternative Systemlogik durchsetzbar und könnten Gerechtigkeitsfragen sowohl national als auch im Nord-Süd-Kontext thematisiert werden. Eine solche Wende impliziert die Aufwertung der öffentlichen Hand für die Restrukturierung der Rahmenbedingungen der Energieproduktion und -reproduktion. Die Gegenüberstellung von Markt und Staat wird angesichts der Herausforderungen in den Bereichen Kraftwerke, Netze und Speicher zunehmend obsolet. Auf europäischer Ebene müssen Mehrheiten für eine ökologisch nachhaltige, antimonopolistisch, demokratisch kontrollierbare und gerechtigkeitsbasierte Energiepolitik gewonnen werden. Gelingt das nicht, wird die Energiewende scheitern – und der grüne Kapitalismus eine neue Rettungsschleife absolvieren müssen. Schon zeigt sich die Gefahr, dass bei den Themen Atomkraft und Dezentralisierung die Energiewende zwischen den Interessen der Konzerne und dem politischen Mainstream in EU-Kommission und Nationalstaaten zerrieben wird.

In der Alten Feuerwache Köln sollen Positionen der europäischen Linken zur Atomfrage diskutiert werden. Zudem wird es darum gehen, das Thema Energie als Grundlage des gesamten Wirtschaftens in den polit-ökonomischen Zusammenhang zu stellen und Akteure ökologischer und sozialer Alternativen sowie anzustrebende neue Organisationsformen der Energiepolitik konkret zu benennen. EnergieexpertInnen, Initiativen und PolitikerInnen sollen miteinander ins Gespräch kommen, ihre Positionen austauschen und Gemeinsamkeiten sowie Strategien für eine erfolgreiche Energiewende skizzieren. Ihre Teilnahme zugesagt haben unter anderem die Europaparlamentarierin Sabine Wils, Uwe Hixsch von der Naturfreundejugend sowie WissenschaftlerInnen wie Birgit Mahnkopf und Ulrich Schachtschneider. Auch die Ökonomen Heinz-J. Bontrup und Ralf-M. Marquardt sind dabei. Sie legten im August ein Gutachten im Auftrag der Stiftung zur Rekommunalisierung des fünfgrößten deutschen Stromerzeugers Steag vor. Die Studie ist online abrufbar unter www.nrw.rosalux.de/news/38654.

RAINER NICKEL IST MITARBEITER IM REGIONALBÜRO NORDRHEIN-WESTFALEN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG IN DUISBURG

«ERSTAUNLICHE REVOLTE»

NETZAKTIVIST GLYN MOODY ZUR
ABLEHNUNG DES ACTA-ABKOMMENS

Der amerikanische Autor Glyn Moody spricht am 15. September auf der netzpolitischen Konferenz «Netz für Alle» in Berlin. Sein Redethema: «Before and after ACTA». Der promovierte Mathematiker schreibt unter anderem auf seinem Blog <http://opendotdotdot.blogspot.de> über Urheberrechte und Open Source.

Hast du mit damit gerechnet, dass das Anti-Produktpiraterie-Handelsabkommen ACTA zu Fall gebracht wird?

Moody: Nein, überhaupt nicht. Ich beschäftige mich bereits seit einigen Jahren mit dem geplanten Abkommen. Noch Ende vergangenen Jahres bin ich davon ausgegangen, dass es ohne jedes Problem das Europäische Parlament passieren würde. Es gab keine Anzeichen für diese erstaunliche Revolte.

Was bedeutet das Aus von ACTA für den Netzaktivismus?

Moody: Wir müssen uns vor Augen führen, dass die Verhinderung des Abkommens bereits der zweite große Erfolg für den Netzaktivismus in diesem Jahr ist. Zuvor wurden in den Vereinigten Staaten schon die Gesetzesvorhaben «Stop Online Piracy Act» (SOPA) und «Protect IP Act» (PIPA) gestoppt. Das sind Schlüsselmomente für das Entstehen einer neuen sozialen und politischen Kraft: der Netzgemeinde.

Welche Reaktion ist von der EU-Kommission nun zu erwarten?

Moody: Sie wird natürlich nicht aufgeben. Viel hängt von anderen Staaten ab. Wenn sich etwa auch Australien gegen ACTA entscheidet, was durchaus möglich ist, dann wird die Kommission das Abkommen wohl als verlorene Sache betrachten und andere Ansätze verfolgen. Ratifiziert Australien, könnte die Kommission das Vorhaben dagegen nach den nächsten Europawahlen wieder ins Parlament einbringen. Es gibt bereits starke Bedenken, dass das Handelsabkommen CETA (Comprehensive Economic and Trade Agreement) zwischen der EU und Kanada auf Elemente von Acta zurückgreift. Wir können auch davon ausgehen, dass Ideen aus ACTA in die Richtlinie zur Durchsetzung von geistigen Eigentumsrechten – genannt Ipred 2 – aufgenommen wird. Die Kommission hat also einige Optionen.

Und welche Optionen hat der Widerstand?

Moody: Anti-ACTA-AktivistInnen haben jetzt klare Verbündete im Europäischen Parlament, mit denen sie zusammenarbeiten können. Jeder Versuch der Kommission, das Abkommen doch noch durchzudrücken, wäre eine direkte Herausforderung der Parlamentsmehrheit. Auch anderswo wächst die Skepsis von PolitikerInnen, etwa in Australien. Den Kampf dort für eine Ablehnung zu unterstützen, dient auch der Abwehr von Versuchen in Europa, ACTA doch noch durchzubringen.

FRAGEN: HENNING HEINE/STEFFEN KÜHNE



Glyn Moody

FRANK ENGSTER

EIN HEISSES EISEN

MARX-HERBSTSCHULE WIDMET SICH DER «URSPRÜNGLICHEN AKKUMULATION»

Ein besonderes Format feiert Jubiläum: Vom 26. bis 28. Oktober findet in Berlin in den Räumen der Rosa-Luxemburg-Stiftung die fünfte Marx-Herbstschule statt.

Die Herbstschule will sich in eine Theoriearbeit einreihen, die Mitte der 1960er Jahre im Zuge der Neuen Sozialen Bewegungen anhub und eine neue Marx-Aneignung mit sich brachte. Ihr ist es zu verdanken, dass Marx' Kritik der Politischen Ökonomie von Verkürzungen und weltanschaulichen Überhöhungen befreit werden konnte. Die Veranstaltung will nicht nur einen Ort für eine solche Theoriearbeit schaffen, sie will auch zwei «Lücken» schließen.

Zum einen soll die Lücke zwischen «Marx-ExpertInnen» und Interessierten sowie politisch Aktiven geschlossen werden. Zum anderen geht es darum, die Lücke für all diejenigen kleiner zu machen, die bereits erste Bekanntschaft mit der Marx'schen Kritik gemacht haben, aber an den nächsten Schritten gescheitert sind, weil gerade dafür die Angebote fehlten. Die Herbstschule bietet Arbeitsgruppen für Teilnehmende mit verschiedenen Vorkenntnissen. Begleitet von mindestens zwei erfahrenen TeamerInnen werden ausgewählte Marx-Texte durchgearbeitet. Durch die gemeinsame Lektüre und Diskussion soll ein genaueres Verständnis der zentralen Problemstellungen der Marx'schen Kapitalismuskritik erarbeitet werden. Im Zentrum der ersten drei Herbstschulen stand jeweils ein Band des

«Kapital». Seitdem werden ausgewählte Themen behandelt: 2011 war der «Fetischismus» dran, dieses Jahr geht es um die «sog. ursprüngliche Akkumulation». Marx' Darstellung der «sog. ursprünglichen Akkumulation» ist seit jeher ein vieldiskutiertes Kapitel des «Kapital», geht es doch um nichts weniger als um den Ursprung der kapitalistischen Produktionsweise.

Umrahmt wird das Wochenendseminar von einer Reihe größerer Veranstaltungen: Die Marx-Herbstschule beginnt stets mit einer Einführungsveranstaltung in das anstehende Schwerpunktthema, am Samstagabend folgt eine große öffentliche Podiumsveranstaltung mit anschließender Party und am Sonntagmorgen gibt es noch eine gemeinsame Abschlussveranstaltung. Sie beschäftigt sich meist mit der Wirkungs- und Ideengeschichte des jeweiligen Schwerpunktthemas. Organisiert und finanziert wird die Herbstschule von der «Hellen Panke» Berlin und der Rosa-Luxemburg-Stiftung, von der Gruppe «Theorie.Organisation.Praxis» und dem Ums-Ganze!-Bündnis, der Marx-Gesellschaft und dem Berliner Verein zur Förderung der MEGA-Edition sowie den TeamerInnen. Zwischen 80 und 120 Menschen nehmen regelmäßig an der Marx-Herbstschule teil. Infos und Anmeldung unter www.marxherbstschule.net.

FRANK ENGSTER IST JUNIOR FELLOW AM POSTWACHSTUMS-KOLLEG DER UNI JENA UND MITORGANISATOR DER MARX-HERBSTSCHULE

REGISSEUR STELLT FILM VOR DOKU «CATASTROIKA» IN FÜNF STÄDTEN

Der Regisseur Aris Chatzistefanou stellt im Herbst auf Einladung der Rosa-Luxemburg-Stiftung seinen Dokumentarfilm «Catastroika» in Deutschland vor. In Kooperation mit mehreren Landesstiftungen und Kinobetreibern sind Aufführungen in Hannover (28. September), Oldenburg (30. September), Hamburg (1. Oktober), Bremen (2. Oktober) und Berlin (4. Oktober) geplant. «Catastroika» steht synonym für die Wirtschaftsreformen in der zusammenbrechenden Sowjetunion am Ende des Kalten Krieges. Der Film analysiert die Verschiebung von Staatseigentum in private Hände und zeigt die Auswirkungen auf Gesellschaft und Wirtschaft in Ländern wie Frankreich, USA, Großbritannien, Deutschland und Italien. Auch die rigorose Sparpolitik in Griechenland und die zerstörerischen Folgen der Privatisierungsprogramme der Troika aus EU, EZB und IWF werden problematisiert. Der Journalist und Produzent Chatzistefanou reiste für den Film gemeinsam mit Katerina Kitidi um die Welt, um Informationen über die Privatisierung in Industrieländern zu sammeln. Zu Wort kommen unter anderem Slavoj Žižek, Naomi Klein, Luis Sepulveda, Ken Loach, Greg Palast, Dani Rodrik, Alex Callinicos, Ben Fine, Costas Douzinas, Dean Baker. Der hauptsächlich mit Spenden finanzierte Streifen ist ein Beispiel für alternativen Journalismus. Von Chatzistefanou stammt auch der Film «Debtocracy» über die griechische Schuldenkrise, der millionenfach über das Internet angesehen und weltweit von Fernsehsendern ausgestrahlt wurde. Mehr Informationen unter www.rosalux.de/news/38645.

ZUM GRUNDEINKOMMEN INTERNATIONALE TAGUNG IN OTTOBRUNN

Fragen zum bedingungslosen Grundeinkommen sowie Strategien der politischen Durchsetzung weltweit werden vom 14. bis 16. September auf einem internationalen Kongress diskutiert. Etwa 150 Referentinnen und Referenten aus 28 Ländern sprechen im Wolf-Ferrari-Haus in Ottobern bei München. Erwartet werden bei der Tagung des Netzwerks Grundeinkommen unter anderem die Gewerkschafts- und Frauenaktivistin Renana Jhabvala aus Indien, die brasilianische Ministerin für soziale Entwicklung, Tereza Campello, der frühere südkoreanische Präsidentschaftskandidat Min Geum und der Unternehmer Götz Werner aus Deutschland. Grußworte halten die Bundestagsabgeordnete und LINKE-Vorsitzende Katja Kipping, die Bundesvorsitzende der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung, Sabine Schiedermaier, und der Bundesvorsitzende der Grünen Jugend, Karl Bär. Auch Vorstandsmitglieder des Basic Income Earth Networks (BIEN) werden sich zu Wort melden, darunter Claus Offe, Philippe van Parijs, Guy Standing, Ingrid van Niekerk und Eduardo Suplicy. Die Stiftung hat zu der Tagung das englischsprachige Paper «From the Idea of a basic income to the political movement in Europe» von Ronald Blaschke produziert. Es ist abrufbar unter www.rosalux.de/publication/38626. Bereits seit 2010 liegt zum Thema der Texteband 67 «Grundeinkommen. Geschichte – Modelle – Debatten» vor. Unter www.rosalux.de/event/46279 sowie auf der Kongresswebseite www.bien2012.de finden sich mehr Informationen zur Konferenz.

KATHARINA PÜHL/EVA SCHÄFER

GENDERFRAGEN

STIFTUNG BIETET RAUM FÜR
(QUEER-)FEMINISTISCHE DISKURSE



Prekäres Rollenspiel: Das Duo Tim Stüttgen und Thomas Mahmoud auf der Creative Industries-Konferenz Ende 2009 in Berlin

«Regiere dich selbst!» Und lebe prekär? Was bedeutet die neoliberale Anrufung zu permanenter Leistung und Vermarktung für die Einzelnen? Welche Folgen hat die fortschreitende Prekarisierung immer neuer sozialer Gruppen?

An den Grenzen der Selbstverwertung kehren sich neoliberale Leitbilder ins Gegenteil: Das «unternehmerische Selbst» wird zum «erschöpften Selbst». Die Krise der Finanzmärkte zeigt dabei wie durch ein Brennglas die Verwerfungen im heutigen Kapitalismus. Ausgehend von der Erkenntnis, dass die gegenwärtigen Transformationsprozesse eines neoliberalen Kapitalismus vergeschlechtlicht sind und vergeschlechtlichend wirken, bietet die Rosa-Luxemburg-Stiftung einen Bildungs- und Diskursraum für linke (queer-)feministische Alternativen. Welche Verschiebungen in der vorherrschenden Gender-Logik gibt es durch die Prekarisierung der Arbeits- und Lebenswelten? Was bedeutet es für die AkteurInnen, wenn die sogenannte «emotionale Arbeit», wie häusliche Pflegearbeit oder Call-Center-Tätigkeiten, in Marktregimes eingeschrieben werden? Wie können vor diesem Hintergrund widerständige Praxen als kollektive feministische Praxen entwickelt werden? Was können wir dem vermeintlich alternativlosen Spannungsfeld zwischen Selbstverwirklichung und Selbstvermarktung entgegenhalten? Und was wäre vor diesem Hintergrund ein selbstbestimmtes Leben?

In der Rosa-Luxemburg-Stiftung wird das Themenfeld Gender – Feminismus – Geschlechterverhältnisse als thematischer und analytischer Dreiklang profilbestimmend in den Arbeitsschwerpunkten zu Geschlechterverhältnissen, feministischer Gesellschafts- und Kapitalismusanalyse sowie zur Reproduktionsökonomie bearbeitet. Gleichzeitig bildet es als Querschnittsansatz einen wesentlichen Schwerpunkt in der Arbeit der KollegInnen anderer Fachreferate, Auslandsbüros sowie vor allem auch der regionalen Landesstiftun-

gen. Hierbei eröffnet ein intersektionaler, übergreifender Ansatz den Blick für andere Unterdrückungsverhältnisse wie Ethnie, Klasse oder Religion und deren soziale Gestalt. Analysen globaler Verflechtungen von Arbeits- und Lebensweisen, von Produktion und Reproduktion, von Migration, Kultur und politischen Strategien nehmen eine immer wesentlichere Rolle ein: Hegemoniale Geschlechterverhältnisse haben an der Organisation, Ausarbeitung und gelebten Form von Lebensweisen teil; sie sind durchzogen von sozialer Ungleichheit, Normalisierungs- und Ausgrenzungsstrukturen. Aber sie verändern sich auch und schaffen neue Handlungsräume, Protestformen und politische Perspektiven durch subalterne beziehungsweise gegenhegemoniale Positionierungen.

Entsprechend verbindet die analytische und politische Bildungsarbeit der Stiftung Ansätze, die sich auf mögliche Allianzen derer richten, die gegen diese Ungleichverhältnisse und kapitalistischen Vergesellschaftungsbedingungen Widerstand leisten: Es geht darum, Gegenperspektiven aufzubauen, die alternative gesellschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten eröffnen. Kontextübergreifende Debatten mit Gewerkschaften, sozialen Bewegungen, Projekten, Parteien tragen dazu bei, Gender-Perspektiven nicht nur kritisch, sondern konstruktiv auch mit Blick auf linke alternative Gesellschaftsentwürfe zu entwickeln. Ihr Publikum sucht sich die feministische und genderspezifische Arbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung in unterschiedlichen Formaten: in Gesprächskreisen wie «Frauen und Politik», Workshops und auf Tagungen, bei Luxemburg Lectures und in Salons, im Gender-Newsletter und demnächst auf einer thematischen Website.

KATHARINA PÜHL IST REFERENTIN FÜR FEMINISTISCHE GESELLSCHAFTS- UND KAPITALISMUSANALYSE, EVA SCHÄFER IST REFERENTIN FÜR GESCHLECHTERVERHÄLTNISSE IN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

GENDERFRAGEN:

HISTORISCHER BOGEN

Nancy Fraser spricht in Berlin

Am 22. November hält die Feministin Nancy Fraser in Berlin eine Luxemburg Lecture mit dem Titel «Rethinking Capitalist Crisis». An Polanyis Analysen der Weltwirtschaftskrise 1929 anschließend fragt sie, was davon heute für das Verständnis von Krisen wichtig ist. Am 7. Dezember folgt ein Workshop «From Crisis to Transformation: Gendering the paradigm of fictitious commodification». Laut Fraser dürfen die Entwicklungen in Ökologie, Finanzwirtschaft und sozialer Reproduktion nicht getrennt voneinander verstanden werden. *K. Pühl*

WWW.ROSALUX.DE

SEI DENNOCH UNVERZAGT

Leseabend zum Todestag von Christa Wolf

Einen Sprech- und Leseabend wird es am 29. November im Berliner Magnus-Haus geben. Zunächst wird es in einer Gesprächsrunde um Christa Wolfs Rolle als Mahnerin, Gesellschaftsanalytikerin und Erzählerin gehen. Wer war sie für Menschen in Ost und West mit je unterschiedlicher Sozialisation? Es folgen Worte und Perspektiven von Wolf selbst – in Form einer Lesung von Passagen aus ihrem Werk. *E. Schäfer/K. Pühl*

WWW.ROSALUX.DE

INDIGENER FEMINISMUS

Genderseminar in Brasilien

Das Thema «Feminismus, Gender und Klasse» steht im Oktober im Zentrum eines Seminars des Auslandsbüros Cono Sur in São Paulo. In der Bildungsstätte der brasilianischen Landlosenbewegung MST werden dazu etwa 20 TeilnehmerInnen aus mehr als 20 Ländern erwartet. Vorgestellt werden lateinamerikanische Beiträge zur feministischen Diskussion wie schwarzer und indigener Feminismus. Auch praktische Erfahrungen spielen eine wesentliche Rolle: Welchen Hürden sehen sich Frauen in ihren Organisationen und der institutionellen Politik gegenüber – und wie hat ihre zunehmende Sichtbarkeit die Gesellschaften verändert? *Kathrin Buhl*

WWW.RLS.ORG.BR/

VON MARX BIS FRASER

HOCH RISKANTE PROZEDUREN

Lecture zur Reproduktionsarbeit

Um Reproduktionsarbeit und geschlechtliche Arbeitsteilung im Neoliberalismus drehte sich eine «Luxemburg Lecture» mit Silvia Federici (New York) und Melinda Cooper (Sydney). Vor mehr als 100 ZuhörerInnen erläuterte Cooper, wie Biotechnologien den weiblichen Körper in Wert setzen und neue Formen teils unbezahlter, unsichtbarer «klinischer Arbeit» hervorbringen. Die Zurverfügungstellung von Eizellen oder Embryonen, oft als «Spende» titulierte, seien hoch riskante Prozeduren. Informell und un abgesichert seien sie prototypisch für Arbeit im Neoliberalismus. Die Krise stelle einen Angriff auf die Mittel unserer Reproduktion dar, sagte Federici. Dies müsse ins Zentrum politischer Kämpfe gerückt werden. Die Lecture wurde gemeinsam mit der AG Kitchen_Politics organisiert. *Barbara Fried*

WWW.ROSALUX.DE/DOCUMENTATION/46276

MARX UND DER FEMINISMUS

Kapital-Seminar mit Frigga Haug

Ende Juni sprach Frigga Haug bei einem Satellitenseminar der Kapital-Lektürekurse. Im Zentrum stand die Frage, wie man den Marxismus durch den Feminismus stärken und den Feminismus durch den Marxismus «verbessern» kann. Wenn Frauen sich befreien wollten, sollten sie die Opferrolle verlassen, forderte Haug. Hilfreich sei vor allem der Gedanke aus den «Thesen über Feuerbach» von Marx, wonach Veränderung und Selbstveränderung zusammengehören. Dies sei für Marx «Revolution». Diskussionen um einen Lohn für Hausarbeit oder den Begriff der «unproduktiven Arbeit» gingen deshalb fehl. Marxens «blinder Fleck» sei nicht der zentrale Punkt in der Dialektik zwischen der Marxschen Theorie und «Frauenfrage». *Antonella Muzzupappa*

[HTTP://SOUNDCLOUD.COM/ROSALUXSTIFTUNG/FRIGGA-HAUG](http://SOUNDCLOUD.COM/ROSALUXSTIFTUNG/FRIGGA-HAUG)

GEGEN MÄNNERDOMINANZ

Drei Mal «Rosas Salon»

«Occupy Patriarchy» – unter diesem Titel tauschten sich AktivistInnen aus Spanien, Portugal, Griechenland, Irland und Deutschland im Juni über Platz und Einfluss feministischer Diskurse und Praxen in den neuen

Protestbewegungen aus. Angesichts der geringen transnationalen Vernetzung unter Occupy-FeministInnen komme der Linken in Deutschland eine besondere Verantwortung zu, sagte Margarita Tsomou. Die Veranstaltung gehörte zur Reihe «Rosas Salon», die seit verganginem Jahr im Magnushaus in Berlin-Mitte läuft. Bereits im April hatte Stefanie Graefe unter der Überschrift «Burn out capitalism» mit den Gästen des Salons über die Gratwanderung zwischen Selbstverwirklichung und Selbstvermarktung aus (queer-)feministischer Perspektive diskutiert. Nächster Termin für Rosas Salon ist der 11. Oktober 2012. Dann wird sich die Rapperin Sookee als Musikerin wie auch als Bildungsarbeiterin mit Geschlechterstereotypen und widerständigen Praxen in einer männerdominierten Szene auseinandersetzen. *Eva Schäfer*

KEIN GEGENSATZ

Dekonstruktivismus und Materialismus

Mitte August befasste sich ein Workshop in Berlin mit der Frage, wie sich dekonstruktivistische und marxistisch/materialistische Ansätze feministischer sowie queerer und genderbezogener Gesellschaftsanalyse produktiv theoretisch und empirisch verbinden lassen. Was oft als gegensätzliche Perspektiven aufgefasst wird, wurde hier als sich ergänzende Zugänge im Rahmen genderkritischer Ansätze verstanden. An Beispielen wurde dieser Zugang erprobt: Staat, gegenwärtige Finanz- und Vielfachkrise, soziale Bewegungen wie «bl/occupy», Strukturanpassungspolitiken und Global Care Chain. Die theoretische Auseinandersetzung soll in loser Folge fortgesetzt werden. *Katharina Pühl*

NETZWERKENDE FRAUEN

Sommerakademie in Bayern

Anfang Juli fand in Marktbreit/Bayern die Frauensommerakademie der Rosa-Luxemburg-Stiftung statt. Titel: «Netzwerke*n». Zwei Dutzend Frauen verknüpften und erweiterten die Dimensionen Internet, Netzwerke und intersektionelle Vernetzungen, worunter die Überschneidung von Unterdrückungszusammenhängen wie Ethnie, Geschlecht und Klasse in einer Person verstanden wird. Beim Internet-Workshop mit Magda Albrecht entstand ein eigenes Blog der Frauensommerakademie. *Anja Mayer*
[HTTP://FRAUENSOMMERAKADEMIE.WORDPRESS.COM](http://FRAUENSOMMERAKADEMIE.WORDPRESS.COM)



Ein Demonstrant während der Proteste am Rande des «Umweltgipfels» Rio+20 in Rio de Janeiro. Foto: Stefan Thimmel

TADZIO MÜLLER/STEFAN THIMMEL

TOTALE FEHLANZEIGE

RIO+20: DIE RUHE NACH DEM STURM – IM WASSERGLAS

Im Nachhinein herrscht eine fast schon gespenstische Ruhe. Haben sich Mitte Juni wirklich über 100 Staats- und Regierungschefs in Rio de Janeiro getroffen, um 20 Jahre nach dem als epochal gerühmten «Umweltgipfel» nun endlich die Welt zu retten?

Die Messlatte war hoch angesetzt, damals wurden in Rio immerhin so bahnbrechende wie im Endeffekt ineffektive Vertragswerke wie die Klimarahmenkonvention und die Biodiversitätskonvention verabschiedet; außerdem wurde im Vorfeld ebenso wie danach eine Welle globalen Umweltenthusiasmus' losgetreten, Stichwort: Lokale Agenda 21. Anfang der 1990er Jahre, auf dem Höhepunkt neo-liberaler Machtfantasien – im Jahrzehnt zuvor hatte dieses Projekt es geschafft, zuerst die Gewerkschaften und die aufmüpfigen Länder des globalen Südens in die Knie zu zwingen, einige Jahre später implodierte der real existierende Sozialismus –, war Rio der institutionelle Ausdruck der Hoffnung, dass der globale Kapitalismus, von den Zwängen der Systemkonkurrenz befreit, sich nun endlich daran machen könnte, die «weichen» Probleme («die Umwelt», «die Frauen», «die Armut») global, konsensual und überhaupt auf eine ganz freundliche Art und Weise zu lösen.

Da Regierungshandeln zu diesem Zeitpunkt unter dem Generalverdacht von Ineffizienz und allgemeiner Sinnlosigkeit stand, musste zu diesem Zwecke dann auch noch ein ganz neuer Akteur erfunden werden, die «globale Zivilgesellschaft». Und diesem frischgebacke-

nen Akteur wurden auch noch zumindest de jure überraschend weitgehende Mitspracherechte eingeräumt. Das ist mit hoher Messlatte gemeint: Vor 20 Jahren wurde in Rio eine ganz neue Art und Weise geschaffen, global zu «regieren». Inwieweit das dazu beigetragen hat, die Umweltprobleme tatsächlich zu lösen, steht auf einem anderen Blatt.

Und 20 Jahre danach? Der britische Ökointellektuelle George Monbiot fasst das Resultat des offiziellen Gipfels vernichtend zusammen: «Der Abschlusstext besteht aus 283 Absätzen Gelaber. Er legt nahe, dass die 190 Regierungen sich darauf geeinigt haben, den Multilateralismus aufzugeben, und dabei die Welt ebenso wie uns aufgegeben haben.» Die Erklärung beinhaltet viele feine Worte («Wir erkennen an, dass ...», «Wir sind überzeugt, dass ...»), ist aber frei von Zahlen, Daten, Zielen und Mechanismen. Noch mal Monbiot: «Man könnte es [das Dokument] mit Regenbögen und psychedelischen Einhörnern illustrieren und an die Tür der WG-Toilette hängen. Ohne Vorschläge für die Durchsetzung dieser hehren Ziele könnte die Deklaration aber auch für andere Zwecke in derselben Räumlichkeit verwendet werden.» Lauter schöne Erklärungen, aber keine Butter bei die Fische – nichts Neues also an der Umweltfront, zumindest nicht von den «Regierungen», von den offiziellen Prozessen.

Um hier aber nicht den falschen Eindruck zu vermitteln, dass per se alles Gute von unten, von den Bewegungen kommt, während oben

alles vermasselt wird: Eine Zusammenfassung der Ergebnisse des Alternativgipfels würde gar nicht so anders klingen. Sicherlich, hier gab es die schärferen (man möchte fast sagen: «richtigen») Analysen und Kritiken, aber in der Strategiefra­ge – also in der Fra­ge, was von wem nun zu tun sei – war auch hier totale Fehlanzeige.

Natürlich, die Green Economy wird die Umweltkrise nicht lösen, während sie gleichzeitig die soziale Krise für marginale gesellschaftliche Gruppen oft noch verschlimmern wird. Aber wo der Ansatzpunkt sein könnte, nicht nur die Green Economy, sondern auch den «grauen Kapitalismus» darüber hinaus anzugreifen, darüber wurde zwar viel geredet, aber zündende neue Ideen waren kaum zu hören. All dies klingt deprimierend, war aber kaum überraschend: Niemand hat vom Gipfel große Schritte in Richtung einer Green Economy erwartete und von Letzterer keine großen Schritte Richtung sozial-ökologischer Umbau (siehe auch RosaLux 2-2012).

Niemand hat vom Alternativgipfel den großen Wurf erwartete, unter anderem, weil die zentralen Bewegungsakteure auf diesem Gipfel – die Landlosenbewegung Movimento Sem Terra (MST) und der gewerkschaftliche Dachverband CUT – der brasilianischen Regierung und ihrem Green-Economy-Projekt verhältnismäßig nahe stehen. Trotzdem geschahen spannende Dinge, sie geschahen nur nicht dort, wo die internationalen Medien ihre Mikrofone aufgestellt hatten. Erstens sahen wir in Rio den Bruch des oben beschriebenen, konsensualen «Rio-Modells» der Global Governance. Wo damals noch der Wille zur Einbindung einerseits und zur Mitarbeit andererseits war, wurde sich diesmal von beiden Seiten beharkt. Die großen und die kleinen Organisationen, die linken und die weniger

linken, sogar diejenigen, die noch bis zum Tag des Scheiterns des Klimagipfels in Kopenhagen 2009 diesen verteidigten, sagten ganz klar, was sie vom Abschlusstext hielten: nämlich gar nichts. Als Wael Hmaidan vom üblicherweise sehr vorsichtigen Climate Action Network vor dem Gipfel die NGO-Resolution «The Future We Don't Want» vorstellte, fand er ziemlich klare Worte für die etwa 100 versammelten Staats- und Regierungschefs: «Wir laufen Gefahr, dass Rio+20 einen weiteren gescheiterten Versuch darstellt, die Welt zu retten, weil Regierungen nur ihre eigenen, eng gefassten Interessen vertreten. Ein Dokument mit dem Titel «Die Zukunft, die wir wollen» kann nicht ohne die Erwähnung von planetarischen Grenzen und Kippunkten auskommen. So wie er steht, ist der Text komplett realitätsfern. Um ganz klar zu sein, die NGOs hier in Rio unterstützen diesen Text auf gar keinen Fall. Wir verlangen, dass die Worte «mit voller Beteiligung der Zivilgesellschaft» entfernt werden.»

Darüber hinaus gab der deutsche Umweltminister Peter Altmaier (CDU) eine interessante Linie vor. «Schuld» am weithin bescheinigten Scheitern des Gipfels seien – nicht nur nach seiner Ansicht – die «NGOs», die ihre Kritik nicht frühzeitig genug geäußert hätten. Was sich schon in Kopenhagen andeutete, nämlich dass NGOs im Verhandlungsprozess immer weiter marginalisiert wurden, scheint nun zur vollendeten Tatsache gemacht zu werden. «Vielen Dank für Ihre Inputs, wir melden uns später wieder bei Ihnen.» Don't call us, we'll call you ...

TADZIO MÜLLER FORSCHT ALS POST-DOC IN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG ZU KLIMA- UND ENERGIEPOLITIK. STEFAN THIMMEL IST STELLVERTRETENDER LEITER DES BEREICHS POLITISCHE KOMMUNIKATION

NOCH IMMER ABHÄNGIG EXTRAKTIVISMUS WAR THEMA IN JENA

Anfang Juli war der ehemalige Energieminister Ecuadors, Alberto Acosta, in Jena zu Gast. Im Rahmen der Veranstaltungsreihe «Sozial-ökologische Transformationsprozesse» sprach er über das Thema (Neo-)Extraktivismus.

Am Beispiel Ecuadors diskutierte Alberto Acosta die Fragen, ob gerade der Reichtum an Ressourcen die südlichen Länder zu den ärmsten Ländern macht, und wenn ja, ob dann überhaupt der unter den neuen Linksregierungen Lateinamerikas vollzogene Neo-Extraktivismus einen Ausweg aus diesem Dilemma darstellen kann. Denn auch wenn sie inzwischen vermehrt versuchten, die Gewinne aus dem Rohstoffexport abzuschöpfen und zur Armutsbekämpfung zu nutzen, blieben zwei Probleme bestehen: Noch immer seien die Länder – als Lieferanten von Primärrohstoffen – auf dem Weltmarkt in einer abhängigen Position, was angesichts der Neige gehender Ressourcen (Peak-Oil) zukünftig noch größere Probleme bereiten werde. Zudem sei für diese Länder statt «Sozialismus» vielmehr «Extraktivismus des 21. Jahrhunderts» die treffendere Bezeichnung. Für Ecuador zog Acosta den Schluss, dass längerfristig einzig eine «Transformation vom Produktland zum Intelligenzland» wirkliche Auswege biete.

Die letzte Veranstaltung in der Reihe findet am 13. September auf dem Campus der Friedrich-Schiller-Universität Jena statt: Der Politikwissenschaftler Achim Brunnengräber von der FU Berlin, befasst sich dann mit den Hindernissen und Hoffnungen einer «Great Transformation». Mehr unter www.th.rosalux.de. *Uwe Flurschütz*

ANSÄTZE FÜR DEN UMBAU INTERNATIONALER WORKSHOP IN WIEN

Anfang Juli trafen sich in Wien 70 WissenschaftlerInnen, AktivistInnen und PolitikerInnen zu einem mehrtägigen internationalen Workshop, den die Rosa-Luxemburg-Stiftung gemeinsam mit dem Karl-Renner-Institut und der Universität Wien organisiert hatte.

Bei der Tagung «Transformationsperspektiven in Lateinamerika und Europa» ging es um die Fragen, worauf sozial-ökologische Umbaukonzepte in den Bereichen Energieproduktion, -verteilung und -verbrauch konkret abzielen, welche Projekte die Räume für ihre Verwirklichung eröffnen und wodurch die Vorhaben behindert werden. Die Teilnehmenden arbeiteten linke Ansätze für einen Umbau heraus. Grundlage der Diskussion waren Erfahrungen aus Europa und lateinamerikanischen Ländern mit dem Widerstand gegen die Ausbeutung und Nutzung fossiler Energieressourcen.

Stets ging es darum, in welchem Maße die Forderungen und Dynamiken der jeweiligen Kämpfe sich als Teil umfassenderer gesellschaftlicher Projekte verstehen. Erwartungsgemäß konnte die Vielzahl an Fragen und Widersprüchen nicht abschließend geklärt werden. Dennoch ergaben sich in der Annäherung der unterschiedlichen regionalen Perspektiven zahlreiche neue Anknüpfungspunkte. So begründet die Tagung auch ein Projekt des Brüsseler Stiftungsbüros zur längerfristigen analytischen und strategischen Bearbeitung der Herausforderungen emanzipatorischer sozial-ökologischer Transformation. Unter <http://rosalux-europa.info> findet sich demnächst online ein ausführlicher Bericht. *Steffen Kühne*



Linke Bundestagsabgeordnete protestieren bei einer «Öffentlichen Fraktionssitzung» Ende Juni gegen den Fiskalpakt. Foto: linksfraktion/Flickr

KLAUS ERNST/BJÖRN RESENER

SPIRALE IN DIE DEPRESSION

DER FISKALPAKT IST EINE GEFAHR FÜR DIE EUROPÄISCHE IDEE

Der Sturm, der am Abend des 29. Juni über Berlin heraufzog, ganze Bäume entwurzelte und Schornsteine von den Dächern fegte, hatte geradezu symbolischen Charakter.

Denn zeitgleich verabschiedete der Bundestag die Gesetze zum Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) und der damit verknüpften Europäischen Fiskalunion. Vor allem der sogenannte Fiskalpakt, ohne dessen Ratifizierung kein Staat auf die Mittel des ESM zugreifen darf, könnte letztlich zur Zerstörung des europäischen Sozialstaatsmodells führen. Nur die Linksfraktion und eine Handvoll Abgeordneter der anderen Parteien stimmten gegen die neuen Gesetze. Schließlich sind ihre ökonomischen Implikationen extrem marktradikal.

Der Wiener Ökonom Stephan Schulmeister legt in seiner Kritik am Fiskalpakt dar, dass die Hauptziele der Neoliberalen seit jeher der Rückzug des Staates aus den ökonomischen Prozessen, der Abbau des Sozialstaats und die Deregulierung der Finanzmärkte waren. Und mit Inkrafttreten des Fiskalpakts werden diese Vorsätze voll und ganz erfüllt: Die im Fiskalpakt vorgesehene Schuldenbremse schränkt das Recht der Parlamente ein, den Staatshaushalt selbst zu gestalten. Jeder Vertragsstaat verpflichtet sich, das strukturelle Defizit nicht größer als 0,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) werden zu lassen. Außerdem muss die Staatsschuld jedes Jahr um ein Zwanzigstel der Differenz zwischen der aktuellen Schuldenquote und dem Zielwert von 60 Prozent des BIP reduziert werden. Stellt die EU-Kommission eine nachhaltige Verletzung dieser Regeln fest,

müssen haushaltspolitische Kompetenzen an die EU-Ökonomen abgegeben werden. Abgesehen davon, dass dieser Sparzwang parlamentarische Hoheitsrechte aufhebt, verhindert er natürlich eine aktive Konjunkturpolitik. Der Fiskalpakt zwingt die Staaten also zum Rückzug aus den ökonomischen Prozessen.

In der Tat reduzieren Sparmaßnahmen die Staatsausgaben, doch gleichzeitig das BIP und damit ebenso die Einnahmen der Staaten. Höchstwahrscheinlich steigt deshalb die Staatsschuldenquote den geringeren Ausgaben zum Trotz, was wegen des Zusammenspiels von Defizit- und Schuldenregel auch für die Zukunft weitere Sparmaßnahmen erzwingt. So entsteht eine Abwärtsspirale in die Depression, die den Staat permanent verschlankt und zwangsläufig zulasten der europäischen Sozialstaaten geht.

Die Rettung der Finanzmärkte zu Beginn der Krise ist die Hauptursache für die Schuldenberge der EU-Staaten. Sie machte die Spekulationsverluste des Finanzsektors zu öffentlichen Schulden. Dann fingen die Banken an, gegen Staaten zu spekulieren, die sie zuvor noch gerettet hatten. Trotzdem werden die ohnehin kaum noch Regularien unterworfenen Finanzmärkte vom Gesetzespaket nicht berührt. Die Europa von der Bundesregierung aufgezwungene Krisenpolitik ist also paradox. Während die Krise der Finanzmärkte – die eine Rettung der Banken auf Kosten der Staatshaushalte erzwang – eine Bankrotterklärung der Ideologie von mehr Markt und weniger Staat darstellt, wird mit dem Fiskalpakt eben dieser neoliberalen Lehre das Wort geredet. In der Folge werden die brutalen Spardik-

tate die Krise noch verschlimmern. Ein Blick nach Griechenland reicht, um diesen Zusammenhang zu verstehen: Die Staatsausgaben wurden dort zwischen 2009 und 2011 um 13 Prozent gesenkt. Daraus resultierend stieg die Arbeitslosigkeit von 9,4 Prozent im Jahre 2009 auf etwa 17 Prozent im Jahre 2011. Für dieses Jahr wird eine Arbeitslosenquote von mehr als 20 Prozent erwartet. Als logische Folge ging auch der private Konsum im vergangenen Jahr um 6,2 Prozent zurück. Die von Brüssel verordnete Kürzungspolitik treibt das Land immer tiefer in die Rezession. Das BIP schrumpfte 2009 um 3,3 Prozent, 2010 um 3,5 Prozent und im vergangenen Jahr noch einmal um 6,9 Prozent.

«Die exzessive Kreditaufnahme des Privatsektors ist eine wesentliche Krisenursache - nicht die Verschuldung der Staaten.»

Um einen Weg aus dieser Sackgasse zu finden, müssen sich die EU-Staaten endlich den Ursachen der Krise zuwenden. Die liegen jedoch nicht nur bei den deregulierten Finanzmärkten, sondern auch in der asymmetrischen Architektur der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. Diese wurde nie in eine politische Solidargemeinschaft eingebettet. So setzten die gemeinsame Währung und der gemeinsame Binnenmarkt die ungleichen Staaten von Anfang an in Konkurrenz. Da Löhne, Sozialausgaben und Steuern weiterhin national bestimmt wurden, kam es zwangsläufig zum Wettbewerb um den «günstigsten» Standort. Die Lohnquoten sanken und die Sozialausgaben wurden gekürzt, sodass auch die Unternehmenssteuern gesenkt werden konnten. Überall setzte eine gigantische Umverteilung von unten nach oben ein.

Deutschland war in diesem Wettbewerb am erfolgreichsten. Infolge der rot-grünen Agenda 2010 hat sich ein stetig wachsender Niedriglohnsektor entwickelt. In keinem anderen EU-Staat sind die Reallohne so drastisch zurückgegangen. Hinzu kamen die umfangreichen Steuergeschenke für Unternehmen. In der Eurozone lässt sich nirgends gewinnbringender als in Deutschland produzieren. Die Folge sind riesige Leistungsbilanzüberschüsse, die sich großteils aus den Exporten innerhalb des europäischen Binnenmarktes ergeben. Die deutschen Leistungsbilanzüberschüsse werden sich jedoch mit den Leistungsbilanzdefiziten der europäischen Partner erkaufen. Das heißt konkret, dass ein wesentlicher Teil der deutschen Exporte über Schulden von Privatunternehmen finanziert wird.

Wie der Nobelpreisträger Paul Krugman und der Londoner Volkswirt Richard Layard in ihrem «Manifesto for a Economic Sense» darlegen, ist eine der wesentlichen Ursachen der Krise gerade die exzessive Kreditaufnahme des privaten Sektors und nicht etwa die zügellose Verschuldung der Staaten. Eine wirksame Krisenpolitik darf deshalb nicht bei den Staatsschulden ansetzen. Sie muss die Finanzmärkte regulieren und die Architektur der Eurozone verändern, die für Steuerdumping sorgt, eine progressive Lohn- und Sozialpolitik unmöglich macht und die Ungleichgewichte zwischen den Staaten verschärft. Sie muss das Primat der Politik gegenüber der Wirtschaft wieder herstellen. Hierfür ist eine europäische Koor-

dinierung der Lohn-, Sozial- und Steuerpolitik notwendig. Mit der schwarz-gelben Bundesregierung wird das nicht zu machen sein. Die Initiative für eine europäische Solidargemeinschaft, die diesen Namen auch verdient, muss von der Linken ausgehen. Ende März wurde beim Alternativen Europäischen Gipfel der Europäischen Linken in Brüssel vorgeschlagen, sich als Sofortmaßnahme auf folgende Punkte zu einigen: Keine der europäischen Linksparteien wird Maßnahmen des Sozialabbaus, der Renten- oder Lohnkürzungen akzeptieren, sondern parlamentarischen und außerparlamentarischen Widerstand organisieren. Diese Haltelinien müssen in der Opposition wie auch bei Regierungsbeteiligungen gelten und zum Markenzeichen der Linken in ganz Europa werden. Und: Es muss verhindert werden, dass sich private Banken bei der Europäischen Zentralbank Geld zu Zinssätzen von zum Teil weniger als einem Prozent leihen und mit diesem Geld dann Staatsanleihen kaufen, die ihnen auf Kosten der Steuerzahler ein Vielfaches der Zinsen bringen. Deshalb sind auch die Staatsschulden von den Finanzmärkten zu entkoppeln. Die Europäische Zentralbank muss direkt oder indirekt die Finanzierung von Staatsschulden übernehmen. Damit können die Spekulationen mit Staatsanleihen beendet und Wucherzinsen für die Staaten verhindert werden.

Da die Ratifizierung des Fiskalpakts nur noch von der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts abhängt, muss sich die Linke außerdem dafür einsetzen, dass die ausgeglichenen Staatshaushalte zu möglichst großen Teilen durch eine Anhebung der Unternehmenssteuer und des Spitzensteuersatzes, sowie durch Einführung einer Millionärs- und Finanztransaktionssteuer zustande kommen. Jeder Euro, den der Staat mit diesen Steuern einnimmt, muss nicht durch Kürzungen der Sozialleistungen gespart werden. Allein sind DIE LINKE und auch die anderen europäischen Linksparteien zu schwach, um diese Forderungen durchzusetzen. Sie brauchen die Gewerkschaften und die zivilgesellschaftlichen Initiativen an ihrer Seite. Die bereits im April gegründete Initiative «umFAIRteilen», an der sich die großen Sozialverbände, die Gewerkschaften Verdi und GEW, Attac, Campact und natürlich auch DIE LINKE beteiligen, ist ein gutes Beispiel dafür, wie solche Bündnisse aussehen können. Unter dem Motto «Umfairteilen – Reichtum besteuern» wird für den 29. September ein bundesweiter Aktionstag geplant. Die Kampagne soll bis zur Bundestagswahl im September 2013 fortgeführt werden.

In anderen Staaten der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion existieren bereits die Voraussetzungen für eine andere Politik: Das respektable Ergebnis für den Linkskandidaten Jean-Luc Mélenchon und der Sieg von François Hollande bei den Präsidentschaftswahlen in Frankreich, die beide Wahlkampf mit Fragen der sozialen Gerechtigkeit machten, die Wahlerfolge unserer Schwesterpartei SYRIZA in Griechenland und die Solidarität der spanischen Bevölkerung mit den streikenden Minenarbeitern verdeutlichen das. Die Idee eines Europas, das durch soziale Sicherung, die Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen und das Kollektivvertragswesen den materiellen Wohlstand großer Teile der Bevölkerung sichert, steht auf dem Spiel. Sollte es uns nicht gelingen, gemeinsam einen Kurswechsel einzuleiten, wäre es das Ende des europäischen Sozialstaatsmodells. Die nationalistischen und chauvinistischen Parteien werden es danken, auch das zeigen die jüngsten Wahlergebnisse.

**KLAUS ERNST GEHÖRT DER LINKSFRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG AN.
BJÖRN RESENER IST WISSENSCHAFTLICHER MITARBEITER IN SEINEM BÜRO**

WIR KÖNNEN AUCH ANDERS

ALTERNATIVEN FÜR EINE SOLIDARISCHE GESELLSCHAFT

Auf einer Kundgebung im Mai 2012
in Barcelona. Foto: Wiros/Flickr

LUTZ BRANGSCH/MICHAEL BRIE

STUNDE DER ALTERNATIVEN

DAS ENTHEMMTE DURCHREGIEREN DER ELITEN IST EIN ZEICHEN VON SCHWÄCHE. WO NUR NOCH DAS «WEITER SO» HERRSCHT, WIRD DIE GEGENBEWEGUNG STÄRKER

Endlich scheint es geschafft: Das Wort der Eisernen Lady «There is no alternative» ist zu einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung geworden. Die europäischen Eliten entledigen sich mit dem Europäischen Stabilitätspakt der Reste von Kontrolle im Kernbereich von Politik – der Haushaltspolitik.

Sie wird der Exekutive unterstellt und damit direkt den Interessen des neoliberalen Blocks. Was eine Staatschefin nicht in direkter Konfrontation mit dem Volk durchsetzen kann, wird sie künftig als Sachzwang aus Brüssel mit nach Hause bringen. Schon jetzt gibt es immer mehr Regierungen in Europa, die ihr Dasein nur dem Diktat von Brüssel und dem Internationalen Währungsfonds verdanken. Die nationalen Parlamente und das Europäische Parlament erscheinen nicht nur so, sie sind im Kernbereich demokratischer Politik weitgehend hilflos. Halbherzige Schritte einer Neuregulierung der Finanzmärkte scheinen alles an Zugeständ-

nissen zu sein, mit denen die Eliten einer Krise Herr werden wollen, die alle gesellschaftlichen Bereiche erfasst hat – das Soziale, das Verhältnis zur Natur, das politische System, die Kultur.

Mehr noch: Die Alternativlosigkeit ist nun im Innersten unserer Gesellschaften verankert. Ausbau des Wettbewerbsstaats national wie europäisch, Abbau sozialer Grundrechte, Unterordnung von Umweltpolitik unter die Eroberung neuer Märkte und Akkumulationsquellen sind das Ziel dieser Politik, Entdemokratisierung der Weg. Anstelle von Solidarität werden die Völker Europas in Konkurrenz zueinander versetzt. Die militärische Intervention hat sich längst zum Normalfall entwickelt. Schutz der EU-Außengrenzen vor Flüchtlingen, militärischer Schutz der Handelsrouten, aggressive Rhetorik und zumindest indirekt Unterstützung in einem Bürgerkrieg in Syrien gehören zum Tagesgeschäft. Grenzen sind nicht auszumachen. Von den Millenniums-Zielen der

UNO als Imperativ von Politik wird nicht einmal mehr gesprochen. Und mit der Klimaerwärmung, die das Zwei-Grad-Ziel längst verfehlt hat, scheint sich die Weltpolitik jenseits aller Deklarationen abgefunden zu haben. EZB-Chef Mario Draghi hatte völlig recht, als er im Februar 2012 den europäischen Sozialstaat als Auslaufmodell bezeichnete. Die von ihm geleitete Bank hat daran aktiv mitgewirkt. Eine neue internationale Arbeitsteilung, das System offener Kapitalmärkte, die veränderte Rolle der Gewerkschaften und vor allem die Entstehung des Prekariats als eigener sozialer Schicht haben die Machtverhältnisse völlig verändert. Staaten und Regionen, Unternehmen wie ArbeitnehmerInnen, Familien und Partnerschaften – jede und jeder steht unter dem Verdikt: Vermarkte dich oder du bist verloren. Es ist ein System von Angst, Druck und verinnerlichter Selbstkontrolle entstanden. In der größten Krise des Kapitalismus seit 1929 scheint seine neue entfesselte Form zumindest in Europa fester denn je. Jeder Schritt in der Krise – so die Meinung der Herrschenden – muss diese Fesseln nur noch enger schnüren.

«Alternativen verändern die Welt nicht - aber ohne sie wird sich auch nichts tun. Den Erzählungen der Massen Raum zu geben ist ein Schlüssel für Veränderung.»

Die Vollendung des Finanzmarkt-Kapitalismus in seiner eigenen Krise kann sich aber auch als Einleitung seines Niedergangs erweisen. Gerade weil alle Gegentendenzen hinweggefegt werden, weil er offen als Zwangsmechanismus erscheint, als Mittel der Bereicherung des einen, der zwei Prozent, als Herrschaft ohne Widerrede, wird er angreifbar. Es ist nicht eine Stärke, sondern eine fundamentale Schwäche, dass so offen und enthemmt durchregiert und durchkommandiert wird. Wenn dieses verschärfte «Weiter-so» alternativlos ist, dann kommt die Stunde der Alternativen. Die Gegenbewegungen werden heftiger – offen oder latent. Occupy Wall Street oder die Besetzungen von Plätzen in Spanien, die Proteste in Griechenland oder auch der Aufstieg der Piratenpartei zeigen, dass das Bedürfnis nach Auswegen bis hinein in die Staatsapparate, die Unternehmen wächst. Das Gefühl ist allgemein: Es muss doch Geld da sein für anderes als die Rettung von Banken! Es kann doch nicht sein, dass alles nur noch Markt und Ware ist und wir selbst und unsere Umwelt kaputtgehen! Wieso eigentlich sollen wir bereit sein, uns Entscheidungen zu unterwerfen, die so sehr ohne uns und gegen uns gefällt wurden?! Wieso sollen die Schwächeren auf der Strecke bleiben, während es den Starken immer besser geht?! Wie lange noch sollen wir für eure Krise zahlen?!

Solange die Herrschenden noch weiter so regieren können, auch wenn große Teile der Bevölkerung es mehr und mehr nicht wollen, ist Widerstand schwer zu organisieren. Immer wieder wird er gespalten, lässt man ihn ins Leere laufen, macht Zugeständnisse, die nicht wirklich welche sind. Im Kampf um den eigenen Arbeitsplatz, die notwendige Sozialunterstützung, ein bisschen Mitsprache, damit es vielleicht nicht ganz so schlimm wird, bleibt die Solidarität auf der Strecke, auch wenn sie nicht vergessen ist. Noch ist die

Möglichkeit eines direkten Ausbruchs aus der Alternativlosigkeit nicht gegeben. Aber Auswege gibt es immer. Der heute wichtigste Weg ist die Entwicklung eines gemeinsamen Problembewusstseins und die Einleitung konkreter Schritte, gerade regional und lokal. Jeder wirklichen Veränderung geht eine Phase voraus, in der vor allem um die Deutung der Krise gekämpft wird und experimentell neue Wege erprobt werden. Obwohl die Herrschaft formal nicht angetastet wird, entscheidet sich schon in dieser Phase der Ausgang des zukünftigen Kampfes. Es geht um das Verständnis von Alternativen, um das Maß, das anzulegen ist, und um die Wege, die zu beschreiten sind.

Für uns sind es vier «U», die einen wirklichen Richtungswechsel, einen echten U-Turn, einen Kurswechsel gegen das politische Diktat der globalisierten Wirtschaft ausmachen: gerechte Umverteilung, sozialökologischer Umbau, demokratisches Umsteuern, umfassende Solidarität. Umverteilung ist der Ausgangspunkt. Denn ohne die Umverteilung von Geld und Macht, von Eigentum und Kontrolle, von Arbeit und Zeit geht es nicht. Täglich werden wir genau dieser Güter beraubt, werden sie als Waffen gegen uns eingesetzt. Und eine Veränderung wird es nur geben, wenn damit Schluss ist. Aber dies ist nur die Voraussetzung. Ziel ist ein sozialer und ökologischer Umbau der Produktions- und Lebensweisen, der ganzen Gesellschaft. In Würde menschlich zu leben, in sozialer Sicherheit und Selbstbestimmung ist bestimmt nicht zu viel verlangt. Dazu müssen aber die soziale und ökologische Frage miteinander verbunden werden. Weder vertragen Menschen einen Stiefel im Gesicht, noch hält die Natur ihren Missbrauch als Müllhalde aus. Umsteuern im Interesse der «99 Prozent» kann nur demokratisch erfolgen, egal ob bei der Eurokrise oder im Bereich der Energieversorgung vor Ort. Die Politik der Hinterzimmergespräche und geschlossenen Sitzungen muss gebrochen werden. Wir wollen auch nicht länger auf Kosten anderer leben. Es gilt das Prinzip umfassender Solidarität: Wir müssen unsere Probleme so lösen, dass sie vor allem zur Lösung der Probleme der Schwächsten in der Gesellschaft, des globalen Südens und der nachfolgenden Generationen beitragen. Diese vier «U» begründen eine Möglichkeit, von der auch die Proteste von Kairo bis New York sprechen: die Möglichkeit eines selbstbestimmten Lebens in Würde, Solidarität und Frieden für jede und jeden.

Das setzt neue kollektive Lernprozesse voraus. Die vielen Versuche, Alternativen im eigenen Umfeld zu leben, bedeuten für sich genommen nicht Veränderung der Gesellschaft. Die Forderung nach arbeitsfester sozialer Sicherung oder menschenwürdiger Behandlung von Flüchtlingen ebenso wenig. Gleiches gilt für die Durchsetzung von partizipativen und direkt-demokratischen Verfahren in der Politik. Und die Forderung nach einer Vergesellschaftung der Banken ist noch nicht die Wirklichkeit ihrer Vergesellschaftung. Die Herausforderung besteht darin, diese konkreten Formen von Umverteilung, sozialökologischem Umbau, demokratischem Umsteuern und umfassender Solidarität miteinander zu verbinden, Erfahrungen auszutauschen und das Gemeinsame politisch wirkungsmächtig zu machen. Kleine Alternativen verändern die Welt nicht – aber ohne sie wird sich die Welt garantiert nicht verändern. Oft scheitert dieses Verändern schon an der Unfähigkeit, miteinander zu reden. Handeln setzt Gelegenheiten, Zeit und Räume voraus, die Gemeinsamkeiten überhaupt zu finden. Es setzt Organisationen voraus, die offen für das Andere beziehungsweise die Anderen sind. Es setzt eine Kultur des Gemeinsamen voraus. Und es muss Spaß machen, Alternativen zu diskutieren und Gesellschaft zu verändern. Ein

Schlüssel dazu ist, die Erzählungen der Massen, die dort wachsenden Alternativvorstellungen aufzugreifen und ihnen Raum zu geben. «Wo aber Gefahr ist, wächst das Rettende auch», dichtete Friedrich Hölderlin. Es wächst jedoch nur dann, wenn BürgerInnen, Initiativen und Bewegungen, Gewerkschaften und linke Parteien in konkreten Schritten und Projekten das Einzelne mit dem Grundsätzlichen eines Richtungswechsels, eines vierfachen «U», verbinden, wenn dabei Möglichkeiten entstehen, die die vermeintliche Alternativlosigkeit sprengen. Das aber wird ohne eine Selbstveränderung der Linken unmöglich sein. Die Öffnung von Entscheidungsprozessen in Staat

und Wirtschaft, sei es durch offene Foren, sei es durch direkte Demokratie, sei es durch Ausbau webbasierter Verfahren, muss seine Entsprechung in der Änderung der Organisations- und Arbeitsweise der linken Parteien und Organisationen selbst finden. Auch sie müssen lernen, Macht umzuverteilen, den Umbau in der Einheit von Sozialem und Ökologischem wirklich ernst zu nehmen, demokratisch umzusteuern und dabei umfassende Solidarität zu üben.

LUTZ BRANGSCH IST REFERENT FÜR DEMOKRATIE UND STAAT IN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG. MICHAEL BRIE IST DIREKTOR DES INSTITUTS FÜR GESELLSCHAFTSANALYSE DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

GABI ZIMMER

EUROPÄISCHE VISIONEN

GEMEINSAME STRATEGIEN DER EUROPÄISCHEN LINKEN SIND NOTWENDIG

Wenn wir uns einig sind, dass die von Michael Brie eingeführten vier «U» auch und gerade wegen der derzeitigen tiefsten Krise, die die EU je durchlebt hat, notwendiger denn je auf der Tagesordnung stehen, dann muss das vor allem heißen: Entwicklung einer ganzheitlichen Strategie, die die wichtigsten Felder, Handlungsebenen und Akteure einschließt.

Eine Strategie, die nicht nur von einer Partei oder Parteienfamilie erarbeitet wird, sondern die im Diskurs zwischen der Zivilgesellschaft, den sozialen und politischen Bewegungen, den linken Parteien und ihnen nahestehenden Stiftungen entsteht. Eine Strategie, die durch die Verbindung eines solchen Diskurses auf nationaler und europäischer Ebene überhaupt erst tragfähig werden kann.

Die Schwierigkeiten, die die Linke in Europa hat, resultieren doch nicht nur aus ihrer Geschichte, aus dem nur unzureichend aufgearbeiteten eigenen Scheitern, der unterschiedlichen politischen Kultur oder dem Selbstverständnis. Sie hat nach dem Scheitern des osteuropäischen Staatssozialismus weder eine Vision für Europa noch eine gemeinsame Strategie erarbeitet. Dabei macht sich jede linke Partei auf nationaler Ebene für die Verteidigung sozialer, demokratischer und ökologischer Standards stark, ebenso wie für eine radikale Umverteilung von oben nach unten. Lege ich aber die Positionen, die die Mitgliedsparteien der linken Fraktion im Europaparlament vertreten, übereinander, dann ist klar erkennbar: Wir, die Linken in Europa, wir sind für und gegen die Einführung EU-weiter Mindestlöhne, wir sind für und gegen Eurobonds, wir sind für und gegen die Stärkung der Struktur- und Kohäsionsfonds, die Gewinnung von Eigenmitteln für den EU-Haushalt aus der Besteuerung internationaler Finanztransaktionen oder auch die Ausgestaltung einer europäischen Sozialunion im Detail. Noch verrückter wird es, wenn es um die Stärkung des Europaparlaments geht, um den Ausbau der Europäischen Bürgerinitiative oder um den Euro oder gar um die EU selbst. Widersprüchlicher könnten unsere Auffassungen kaum sein. So kommen wir aus unserer Defensive nicht heraus. Ja, es wirkt fast so, als ob wir uns in ihr ganz gut eingerichtet hätten.

Dabei bieten sich gerade jetzt für die europäische Linke neue Handlungsmöglichkeiten angesichts der sich überstürzenden Ereignisse und der offen zutage tretenden Differenzen zwischen den kapitalistischen Eliten. Ein Teil von ihnen setzt offen auf Re-Nationalisierungskonzepte, um ihre vor allem auf die nationalen und regionalen Märkte zielenden Interessen gegen jene durchzusetzen, deren Au-

genmerk mehr auf den globalen, insbesondere europäischen Märkten liegt. Rechtskonservativen, RechtspopulistInnen und NationalistInnen werden Tür und Tor geöffnet.

Das aber ist die Herausforderung, vor der wir als Linke – ob im Europaparlament, in den nationalen Parlamenten oder in den sozialen und politischen Bewegungen – stehen: Genau jene Widersprüche, Ambivalenzen und damit jene Handlungsräume zu definieren, die wir nutzen müssen, um gegenhalten zu können, Einfluss zu entwickeln und Neues vorzuschlagen. SYRIZA hat es ein Stück weit vorgezeigt, indem sie aus einer schonungslosen und radikalen Kritik der real existierenden Verhältnisse alternative Vorschläge entwickelt und damit die Herrschenden zu Reaktionen gezwungen haben. Lasst uns also die vier «U» nicht nur ausmalen, sondern sie zu Elementen einer lokal, national und europäisch/global miteinander verschränkten Strategie entwickeln. Das geht aber nicht ohne die notwendige theoretische und analytische Vorarbeit, die ich von den mit den linken Parteien verbundenen Stiftungen dringend erwarte. Sonst schließt sich auch dieses window of opportunity schnell wieder.

GABI ZIMMER IST VORSITZENDE DER FRAKTION DER VEREINTEN EUROPÄISCHEN LINKEN/NORDISCHE GRÜNE LINKE IM EUROPAPARLAMENT

Krisenprotest in Spanien. Foto: www.sindicatoandaluz.org





Juli 2012: LandarbeiterInnen besetzen Las Turquillas in Andalusien. Sie wollen das Gelände, derzeit Eigentum des Militärs, künftig solidarisch bewirtschaften.

DIETER KLEIN

DEMOKRATIE AUF ALLEN EBENEN

EINE LINKE ERZÄHLUNG AM BEISPIEL DER ENERGIEPOLITIK

Linke Energiepolitik kann zu einem zentralen Feld alternativer Entwicklung werden, wenn es gelingt, einen Bezug zu den vier Leitideen einer modernen linken Erzählung herzustellen. Sie handelt vom Zusammenhang weniger zentraler Leitgedanken, die im real Machbaren und im Raum realitätsnaher Visionen zugleich angesiedelt sind sowie Faszination und hegemoniale Kraft ausstrahlen.

GERECHTE UMVERTEILUNG Energiewende und gerechte Umverteilung müssen zusammen durchgesetzt werden. Aber gegenwärtig sind die Kosten eindeutig ungerecht verteilt. So sind bei der Erhebung der Ökosteuern, der Netzentgelte, der Einspeisevergütungen nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz und für den Emissionshandel Befreiungen oder Ermäßigungen für energieintensive Industrien über ein nachvollziehbares Maß hinaus vorgesehen. Den Ausgleich tragen die privaten Haushalte und andere Industrieunternehmen in Gestalt höherer Stromtarife in der Größenordnung von 2,7 Milliarden Euro und von 6,5 Milliarden höheren Steuern im Jahr 2012. Alternative Akteure müssen für eine gerechte Verteilung der Lasten und Gewinne des Übergangs zu nachhaltiger Energieversorgung eintreten. Das betrifft etwa die Abschaffung von Privilegien stromintensiver Industrien, die Einführung von Sozialtarifen beim Strompreis oder staatliche Unterstützung bei der energetischen Gebäudesanierung sowie von Beziehern niedriger Einkommen beim Kauf Strom sparender Geräte. Auch die Bewahrung weiterer Ortschaften vor ihrem Verschwinden durch die Ausweitung von Braunkohletagebauen gehört dazu. Eine ungerechte Verteilung von Kosten und Gewinnen der Energiewende ist in hohem Maß Ausdruck der Eigentumsverhältnisse. Milliardenschwere öffentliche Investitionsprogramme in erneuerbare Energien und andere grüne Technologien auf der Grundlage von öffentlichem oder kommunalem Eigentum könnten die Vormachtstellung der großen Energieversorger ebenso schwächen wie die Überführung der großen Stromübertragungsnetze in öffentliche Netzgesellschaften und die Begrenzung der Erzeugungs- und Netzkapazitäten von Unternehmen durch ein Entflechtungsgesetz.

SOZIALÖKOLOGISCHER UMBAU Spätestens seit dem Bericht des Club of Rome «Grenzen des Wachstums» aus dem Jahr 1972 ist in das öffentliche Bewusstsein getreten: keine Lösung der sozialen Frage ohne die Lösung der ökologischen Frage. Linke Energiepolitik muss diese Verknüpfung auf den Wegen in eine bessere Gesellschaft so deutlich machen, dass sie als alltägliche Handlungsorientierung verinnerlicht wird. Eine alternative Energiepolitik muss tatsächlich als ein Grundbestandteil des gesamten sozialökologischen Umbaus von Wirtschaft und Gesellschaft verfolgt werden, der über die Energiewende hinausgeht. Der veränderte Umgang mit dem Energieverbrauch ist beispielsweise Teil eines einschneidenden Wandels der Lebensweisen. Die Energiewende wird sich nur dann umfassend vollziehen, wenn sich ein kulturell-mentaler Wandel in der Gesellschaft durchsetzt.

DEMOKRATISCHE UMGESTALTUNG Der dezentrale Charakter der erneuerbaren Energien ist eine besonders günstige Voraussetzung dafür, in der Energiewirtschaft Veränderungen mit wirtschaftsdemokratischen Vorzeichen durchzusetzen. Dies erfordert, dass von Politik und Verwaltungen beteiligungsfreundliche Verfahren und öffentliche Räume formell gesichert werden, aber auch, dass diese Möglichkeiten ausgeschöpft und von den zivilgesellschaftlichen Akteuren selbst erweitert und gestaltet werden. Beispielsweise ist der Einfluss der Beschäftigten von Stadtwerken und der BürgerInnen zur Durchsetzung erneuerbarer Energien und verbesserter Energieeffizienz zu stärken, ebenso wie auf angemessene Löhne und Arbeitsbedingungen oder die Gewinnverwendung. Ohne Beilegung von Streit um örtliche Projekte der Energiewende und Trassenführungen kann es zu langen Verzögerungen in der Einführung der erneuerbaren Energien kommen. Obrigkeithliche Regelungen sind dafür jedoch untauglich. Lösungen sind nur durch eine Bürgerbeteiligung möglich, die Bildungsarbeit, bestmögliche Information, Einsicht in Problemlagen und größere Zusammenhänge und Aushandlung von Interessenkonflikten einschließt. All diese Fragen werden auch durch Demonstrationen und anderen Widerstandsak-



LASST UNS ÜBER ALTERNATIVEN REDEN

Foto: www.sindicatoandaluz.org

STUDIEN Seit 2010 untersucht die Rosa-Luxemburg-Stiftung eine Vielzahl von Praxisbeispielen auf ihre Tauglichkeit für ein alternatives Gesellschaftsmodell. Die RosaLux stellt fünf Studien vor – beginnend unten auf dieser Seite.

VERANSTALTUNGEN Auf Dialogforen wurden Perspektiven eines «Grünen Sozialismus», Alternativen zum Finanzregime und Möglichkeiten für einen gesellschaftlichen Richtungswechsel erörtert. Dokumentation auf www.rosalux.de/documentation/45987.

ONLINE Auf dem Weblog <http://alternativen.blog.rosalux.de> werden Anliegen, Hintergründe und Ergebnisse des Alternativen-Projekts präsentiert. Ein Dossier findet sich auch auf der Homepage der Tageszeitung «Neues Deutschland».

BUCH Im VSA-Verlag ist das «ABC der Alternativen 2.0» erschienen. Es enthält 161 Beiträge zur Stichworten von Alltagskultur bis Zivilgesellschaft.

tionen, in Klimacamps, medialen Diskursen und politischen Kampagnen entschieden. Energiedemokratie auf allen Ebenen ist das Gebot. Sie wird dann größtmögliche Erfolge zeitigen, wenn energiepolitische Akteure ihr Engagement mit Kämpfen um mehr Bürgerpartizipation in anderen Bereichen der Gesellschaft verbinden.

Globale Solidarität Eine Energiewende könnte in eine friedenssichernde internationale Solidarität bedeutende Potenziale einbringen. Die Geschichte kapitalistischer Expansion ist in hohem Maße die Geschichte der Eroberung von Ressourcen rund um die Erde durch die kapitalistischen Zentren. Der Weltkonflikt zwischen der Neige gehenden Ressourcen und weltweit wachsendem Bedarf führt zu wachsenden Rivalitäten um die noch vorhandenen fossilen Energiereserven (Hermann Scheer). Je länger am Fossilismus festgehalten wird, desto mehr ist die internationale Sicherheit bedroht. Eine Abkehr davon mindert militärische Risiken. Auch die Armut in vielen Erdregionen gebiert Gewalt bis zu militärischen Konflikten. Zu dieser Armut gehört die Energiearmut eines großen Teils der Bevölkerung. Zentralistische energiewirtschaftliche Strukturen sichern nur notdürftig die Energieversorgung von Teilen der städtischen Bevölkerung im globalen Süden. Ein großer Teil der Bevölkerung lebt auf dem Lande und ist von der Energieversorgung weitgehend ausgeschlossen. Das ist eine Chance für die Verbreitung erneuerbarer Energien, für ihre Erzeugung mit relativ geringem Investitionsaufwand in kleinen dezentralen Anlagen. Eine solare Energiewende steht im Zentrum der Abwendung einer

Klimakatastrophe. Der Klimawandel bedroht Leben und Gesundheit von Hunderten Millionen Menschen. Im Sudan beispielsweise ist bereits zu beobachten, dass der Klimawandel Migrationsströme auslöst, die ihrerseits zu militärischen Konflikten beitragen.

Fazit Die Energiewende ist eine Hauptrichtung des Bruchs mit einer Wachstumsgesellschaft, die teils blindlings, teils sehend zu Umweltkatastrophen führt. Die Energiewende stößt zusammen mit der anstrengungsreichen Zuwendung zur Bewahrung der Artenvielfalt und mit weiteren Dimensionen der Rettung der Biosphäre das Tor zu einer anderen Gesellschaft auf, die wieder Frieden mit der Natur schließt. Die Energiewende birgt den Ausblick auf eine gesündere Umwelt, auf einen neuen Einklang von Mensch und Natur. Sie befreit von der bedrohlichen Aussicht auf die Erschöpfung der Energiequellen. Sie ist damit ein wesentliches Terrain menschlicher Sicherheit. Sie ist ein Feld voller Chancen, für die es sich lohnt zu wirken. Eine Linke, die Hegemonie anstrebt, muss die Zukunft «besetzen». Die Energiewende ist ein zentrales Zukunftsfeld.

DIETER KLEIN IST FELLOW AM INSTITUT FÜR GESELLSCHAFTSANALYSE DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

VOM AUTOR sind das Paper «Widersprüche in der Brandenburger Energiewende» und der Standpunkt 34/2011 «Das Viereck – Nachdenken über eine zeitgemäße Erzählung der Linken» erschienen.

BORIS KANZLEITER

SOLIDARISCH GEGEN DIE MAFIA

DER KAMPF UM DIE ARZNEIMITTELFABRIK JUGOREMEDIJA IN SERBIEN

Studie 1 Robert Fai ist noch einmal mit dem Schrecken davongekommen. In der Nacht vom 23. auf den 24. Februar warfen Unbekannte eine schwere Betonplatte durch das Fenster seines Schlafzimmers.

Der Brocken verfehlte Fai nur knapp. Die Ermittlungen der Polizei verlaufen bisher ergebnislos. Genauso wie bei allen anderen Angriffen auf Beschäftigte von Jugoremedija. Bereits neun Jahre lang hält

die Belegschaft der Arzneimittelfabrik Jugoremedija in der nordserbischen Industriestadt Zrenjanin den Angriffen stand, egal, ob es private Sicherheitsdienste sind, Razzien der Steuerbehörde oder Obstruktionen des Wirtschaftsministeriums. Der Widerstand der knapp 500 Beschäftigten und einigen Tausend KleinaktionärInnen konnte bisher nicht gebrochen werden. Sie kämpfen gemeinsam um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze und ihres Unternehmens. Jugore-



Renitente RentnerInnen: Die spanische Protestbewegung «laioflautas» besetzte bereits mehrere Banken. Foto: acampadabcnfoto/Flickr

medija ist in Serbien zu einem Symbol für den solidarischen Kampf von Beschäftigten und einem Teil der Zivilgesellschaft gegen die sich ausbreitende Deindustrialisierung durch Privatisierung geworden.

Ausgangspunkt des bis heute anhaltenden Kampfes war 2002 die Entscheidung der staatlichen Privatisierungsagentur, einer Art «Treuhandanstalt», die profitable Firma an den dubiosen Investor Jovica Stefanović zu verkaufen. Stefanović war dabei kein Unbekannter. Der «Investor» hatte in den 1990er Jahren mit Zigarettenschmuggel einen beachtlichen Reichtum angehäuft und stand auf der Interpol-Fahndungsliste. Was für die Privatisierungsagentur kein Problem war, stieß von Beginn an auf den Widerstand der Beschäftigten. Schnell wurde klar, dass Stefanović lediglich an einem kurzfristigen Profit interessiert war und die Firma in den Ruin treiben würde. Im Dezember 2003 entschloss sich die Belegschaft zu einer Betriebsbesetzung. Es war die Erste nach dem Zerfall Jugoslawiens. In den folgenden Monaten eskalierte der Kampf um das Unternehmen. Stefanović engagierte eine private Wachschutzfirma, die immer wieder mit Gewalt gegen die BetriebsbesetzerInnen vorging. Im September 2004 stürmte schließlich eine Spezialeinheit der Polizei das Werksgelände. Zahlreiche Beschäftigte wurden verletzt.

Aber der Protest konnte nicht gebrochen werden. In Belgrad blockierten die Beschäftigten die Privatisierungsagentur. Sie schlossen Allianzen mit den Belegschaften anderer Betriebe in Zrenjanin und gründeten die Organisationen Ravnopravnost (Gleichheit). Auch die Mehrheit der etwa 4.000 KleinaktionärInnen unterstützte die Proteste. Medien nahmen das Thema auf. Kritische Intellektuelle engagierten sich auf der Seite der Belegschaft. Schließlich nahm sich auch die Präsidentin des Rates für den Kampf gegen die Korruption, Verica Barac, des Problems an. Bis zu ihrem Tod im März 2012 engagierte sich die allseits geachtete Persönlichkeit für die Beschäf-

tigten. Zu einer Wende kam es im Mai 2006. Unter dem Druck der Proteste erklärte das Gericht in Belgrad den Verkauf von Jugoremedija an Stefanović für nichtig. Die Privatisierungsagentur musste 42 Prozent der Aktien zurücknehmen. Der Rest verblieb im Besitz der KleinaktionärInnen. Die entlassenen Streikenden kehrten an ihre Arbeitsplätze zurück. Und die Protestallianz sah sich nun vor eine neue Aufgabe gestellt: den Betrieb zu übernehmen.

Der ehemalige Streikführer Zdravko Deurić wurde im März 2007 von der Aktionärsversammlung zum Direktor des Unternehmens gewählt. Deurić und der Belegschaft gelang es, den Betrieb wieder flott zu machen und sogar in die Modernisierung zu investieren. Mit Unterstützung der Rosa-Luxemburg-Stiftung führt Ravnopravnost Bildungsmaßnahmen für Beschäftigte verschiedener Betriebe in Zrenjanin durch. Der Kampf um Jugoremedija geht dabei seit einigen Monaten in eine neue Runde. Denn anstatt den Betrieb zu unterstützen, wird er von der Privatisierungsagentur und dem Wirtschaftsministerium bitter bekämpft. Das Beispiel des erfolgreichen Kampfes um Arbeitsplätze gegen die ruinöse Privatisierungspolitik ist offenbar ein Dorn im Auge der Eliten.

BORIS KANZLEITER IST LEITER DES AUSLANDSBÜROS SÜDOSTEUROPA DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG IN BELGRAD

GEGEN PRIVATISIERUNG sowie Nationalismus und ökonomische Peripherisierung haben sich auch die TeilnehmerInnen des ersten Balkan Forums gewandt. Es war Teil des Subversive Festivals im Mai in Zagreb. Die Erklärung «Another Balkans is Possible» enthält konkrete Alternativen zum dominanten Diskurs und ist nachzulesen unter www.transform-network.net. Ein Bericht zu dem Zagreber Treffen findet sich unter www.rosalux.de/documentation/46459.

STEFANIE GÖTZE

AUFS GLEIS GESETZT

LEIPZIGER INITIATIVE ERKÄMPFT SOZIALTICKET UND MACHT WEITER

Studie 2 Ein Jahr nach Inkrafttreten der Hartz-IV-Gesetze wurden Fahrpreisermäßigungen für InhaberInnen des Leipzig-Passes abgeschafft.

Die Preiserhöhung im August 2006 brachte das Leipziger Sozialforum und «Die Überflüssigen» dazu, mit einer Kampagne in Bussen und Bahnen auf ihre Situation aufmerksam zu machen: Den im Regelsatz für Mobilität vorgesehenen knapp 20 Euro standen mehr als 45 Euro für die Monatskarte der Leipziger Verkehrsvertriebe gegenüber. Der Erwerbslosenausschuss von Verdi gab die ersten Anstöße. Im Dezember 2006 gründete sich daraufhin die Initiative «Leipzig braucht ein Sozialticket». MitstreiterInnen sollten gefunden werden, um in der Bevölkerung und in der Politik für ein Sozialticket zu werben, das nicht nur ALG-II-EmpfängerInnen, sondern allen LeipzigerInnen mit geringem Einkommen, also auch RentnerInnen und Geringverdienenden, zugutekommen sollte.

Neben vielen Betroffenen schlossen sich rund 60 Vereine, Verbände, Gewerkschaften, Gewerbetreibende und Gruppen der Initiative an. Unterstützung fand die Idee eines Sozialtickets auch beim Sänger der «Prinzen», Sebastian Krumbiegel, und weiteren Kunstschaffenden, ebenso sprachen sich LINKE, SPD und Grüne für die Einführung eines Sozialtickets in Leipzig aus. Im Mai 2007 lagen zu einem Prüfauftrag an die Verwaltung die ersten 10.000 Unterschriften von LeipzigerInnen vor. Bis zum Beschluss über die Einführung des Sozialtickets kamen weitere 10.000 Unterschriften hinzu.

Im Januar 2008 sollte das Sozialticket starten. Die Einführung wurde jedoch von der Kommunalaufsicht mit Blick auf den defizitären Haushalt der Stadt untersagt. Aus den Reihen von FDP und CDU wurde zudem heftig gegen ein Sozialticket geschossen: Es würde einen Zustrom in die sozialen Sicherungssysteme der Stadt auslösen und Arbeitslose dazu verführen, es sich in der «sozialen Hängematte» bequem zu machen.

Aber es half nichts: Mit anderthalb Jahren Verspätung wurde das Ticket schließlich eingeführt. Ein Erfolg, der durch die breite Aufstellung der Initiative (Studierende, RentnerInnen, Arbeitslose, Er-

werbstätige, Azubis) zustande kam, wodurch Vereine und Verbände, Prominente und Parteien für die Idee gewonnen werden konnten. Die Sammlung von Unterschriften auf Straßen, Plätzen und Volksfesten, aber auch die Unterstützung durch viele Gewerbetreibende taten ihr Übriges dazu, dass die Forderung nach einem Sozialticket in Leipzig auf so große Resonanz stieß. Positiv wirkte sich aus Sicht der Initiative aus, dass die Begründung der Forderung eingängig war und das Projekt konkrete Verbesserungen versprach. Demokratische Mitwirkung und Einmischung lohnen sich, wie das Beispiel zeigt. Kein Wunder, dass die Initiative weitermachte und das Bürgerbegehren zum Erhalt des kommunalen Eigentums an Stadtwerken, Wasserwerken und Verkehrsbetrieben sowie am Krankenhaus St. Georg unterstützte. Auch vernetzte sie sich mit anderen Sozialticket- und Mobilitätsinitiativen.

Steigende Energiepreise und eine große Zahl von Stromabschaltungen wegen unbezahlter Rechnungen sind die nächsten Probleme, denen sich die Initiative annehmen möchte. In Sachsen wurde 2011 nach Erhebungen der Verbraucherzentrale mehr als 21.600 Haushalten der Strom abgedreht. Etwa 250.000 Sperrandrohungen wurden ausgesprochen. Die meisten Betroffenen sind auf ALG II angewiesen. Denn auch hier reicht der bemessene Satz nicht aus und Ratenzahlungen und Stundungen greifen nicht, wo Menschen einfach mit zu wenig auskommen müssen.

Um dieses Dilemma zu lösen, will man vonseiten der Initiative das Thema Sozialtarife bei Strom und Gas angehen: «Insgesamt ist das aber nur ein Tropfen auf den heißen Stein», meint Petra Weißfuß. Auf den damaligen Erfolg der Initiative angesprochen, sagt sie: «Einen grundlegenden Wandel gab es 2006/2007. Auch nicht von Armut betroffene Bürgerinnen haben ab da das Anliegen der BI unterstützt. Außerdem gelang es, Betroffene zu überzeugen, sich für ihre Interessen einzusetzen und sich öffentlich ohne Scham zu ihrem «Status» zu bekennen.»

STEFANIE GÖTZE IST VORSTANDSMITGLIED DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG SACHSEN UND LEITET DIE GESCHÄFTSSTELLE IN LEIPZIG

AXEL KRUMREY

KOMMUNALE RETTUNG

IN DER UCKERMARK IST GESUNDHEIT AUFGABE DES LANDKREISES

Studie 3 Bislang ist die Uckermark im Nordosten Brandenburgs eher durch die rote Laterne in der Arbeitslosenstatistik aufgefallen, denn durch besonders kreative Wirtschaftsmodelle.

Der Landkreis ist chronisch klamm. Dennoch könnte man auch eine andere Geschichte über diesen Landkreis erzählen. Denn was öffentliche Daseinsvorsorge anbelangt, arbeitet die Uckermark seit Jahren gegen den Trend. Der Landkreis verzichtet auf Privatisierungen und rekommunalisiert, wo es geht. Leistungen wie Abfallwirtschaft, Personennahverkehr oder Krankenhausbetrieb werden mit

kreiseigenen Gesellschaften erbracht. Jüngstes Beispiel für diese Praxis ist die Gründung der Uckermärkischen Rettungsdienstgesellschaft mbH (URG). Nun ist natürlich auf diesem Fleckchen Erde mit etwa 128.000 EinwohnerInnen nicht etwa der Sozialismus ausgebrochen. Vielmehr macht die Not dort erfinderisch. Denn mit eigenen Angeboten lässt sich auch Geld sparen.

Laut Brandenburgischem Rettungsdienstgesetz ist der Rettungsdienst Selbstverwaltungsaufgabe der Landkreise und kreisfreien Städte. Im Regelfall bedienen sich die Kommunen privater Unternehmen, die für sie Krankentransport und Notfallrettung übernehmen.

Organisatorischer Aufwand soll somit minimiert werden. Für die privaten Unternehmen lässt sich aber durchaus Geld verdienen. Im Bereich des Rettungsdienstes fallen in der Uckermark jährlich Gebühren von etwa 7,5 Millionen Euro an. Zwischen 16.500 und 17.000 Einsätze müssen gefahren werden. Bis zum 30. Juni 2011 wurde der Rettungsdienst im Landkreis primär durch das Deutsche Rote Kreuz (DRK) sichergestellt. Die Verträge mit dem Landkreis liefen zu diesem Zeitpunkt aus. Nachdem der Bundesgerichtshof bereits 2008 entschieden hatte, dass die Vergabe rettungsdienstlicher Leistungen prinzipiell dem Vergaberecht unterliegt, musste im Landkreis gehandelt werden. Es bestand die Gefahr, dass bei einer öffentlichen Ausschreibung plötzlich nicht mehr das DRK das wirtschaftlichste Angebot unterbreitet, sondern irgendein privater Großkonzern.

Das wollte der Landkreis ausschließen. Hier kam der Gedanke der kreiseigenen Gesellschaft ins Spiel. Im August 2010 wurden erste Vorschläge in die Ausschüsse des Kreistages eingebracht. Fraktionsübergreifend bestand Konsens dazu, dass die Gründung einer solchen Gesellschaft den Herausforderungen am ehesten gerecht werde. Die Verwaltung selbst sah in der eigenständigen Durchführung des Rettungsdienstes die Möglichkeit der Qualitätssteigerung durch direkte Entscheidungsmechanismen und demokratische Mitsprache der politischen Entscheidungsträger. Zudem sollten durch die kreiseigene Gesellschaft weitere Aufgaben wie die Organisation der Notarztbestellung oder die Abrechnung der Leistungen gegen-

über Krankenkassen und PatientInnen übernommen werden, die bislang noch durch die Kreisverwaltung zu erledigen waren. Dem Rettungsdienstpersonal des DRK wurde ein Angebot zur Übernahme in die neue Gesellschaft unterbreitet. Der geltende Tarifvertrag sollte ebenso übernommen werden. Im September 2010 entschied der Kreistag schließlich. Selbst die FDP-Fraktion trug den Vorschlag der Verwaltung mit. Lediglich ein CDU-Abgeordneter, noch dazu mit Bundestagsmandat, erklärte, dass kommunales Wirtschaften lediglich die «Ultima Ratio» sein könne und noch dazu die «schlechtere Variante» sei. Dem folgte der Kreistag nicht. Mit nur einer Gegenstimme wurden die Weichen für eine kreiseigene Gesellschaft gestellt.

Die URG nimmt inzwischen ihre Aufgaben in vollem Umfang wahr. Die überschaubaren Überschüsse, die jährlich erzielt werden, können nun direkt in die Beschaffung neuer Technik und die Qualifizierung des Personales investiert werden – Kosten, die der Landkreis früher aus eigener Tasche bezahlen musste. Mit der Bildung eines Aufsichtsrates, der durch den Kreistag Uckermark besetzt wird, sind zudem die demokratische Mitsprache sowie die Verbindung zu den weiteren kommunalen Unternehmen im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge sichergestellt.

AXEL KRUMREY IST KREISTAGSABGEORDNETER DER LINKEN IM LANDKREIS UCKERMARK UND REFERENT IM BÜRO DER GESCHÄFTSFÜHRUNG DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

ARMIN OSMANOVIĆ

DAS BEISPIEL IVORY PARK

SOLIDARISCH WIRTSCHAFTEN IN SÜDAFRIKA

Studie 4 **Alternative Wirtschaftsformen gibt es auch in Südafrika. Beispielsweise in Midrand zwischen Johannesburg und Pretoria. Im Township Ivory Park, wo über hunderttausend Menschen dicht an dicht leben, versucht eine Gruppe von TownshipbewohnerInnen, ihre wirtschaftliche Zukunft selbst und «solidarisch» in die Hand zu nehmen.**

Bereits vor mehr als zehn Jahren haben sich in Ivory Park die ersten BewohnerInnen zu einer Genossenschaft zusammengeschlossen, um ihre soziale Ausgrenzung angesichts des fehlenden Zugangs zum formellen Arbeitsmarkt zu überwinden.

Einige der GenossenschaftlerInnen sammeln gemeinsam Altpapier. Mit Grasfasern gemischt wird aus dem recycelten Papier eine Art Pappmaschee. Daraus werden dann Flusspferd- und Nashorn-Figuren hergestellt, die bunt bemalt an Souvenirläden für TouristInnen und Einheimische in Johannesburg und Pretoria verkauft werden.

Unweit von der Lagerhalle in einem kleinen Atelier findet sich eine Näherei. Hier arbeiten eine Handvoll Frauen zusammen, die vor allem Schuluniformen nähen. Im Supermarkt sind die obligatorischen Schuluniformen teurer. Nicht nur ihre eigenen Kinder tragen die selbst genähten Uniformen, auch andere TownshipbewohnerInnen versorgen sich mit dieser preisgünstigeren und lokal hergestellten Alternative. Neben Papier-Recycling und Näherei findet sich im Township auch noch ein Gemüsegarten, der solidarisch bewirtschaftet wird. Hier pflanzen fünf Frauen Tomaten, Spinat und anderes Gemüse an, das sie selbst nutzen und darüber hinaus direkt an ihre Nachbarn verkaufen. Legt man die fünf Kriterien Selbstverwal-

tung, Ökologie, Kooperation, Wirtschaftlichkeit und Gemeinwesenorientierung zur Einordnung der alternativen Ansätze im Township Ivory Park zugrunde, die die Kasseler SozialforscherInnen, die sich mit Ansätzen der solidarischen Wirtschaft beschäftigen, erarbeitet haben, kommt man zu einem durchaus positiven Ergebnis.

Die Selbstverwaltung gelingt, auch Dank der Unterstützung der Nichtregierungsorganisation COPAC (Cooperative and Policy Alternative Centre). Auf Basis umfassender Untersuchungen in Südafrika und darüber hinaus hilft COPAC Kooperativen, wie dieser in Ivory Park, sich zu organisieren, sich eine Form zu geben und einen «Business Plan» zu erstellen. Für COPAC stehen beim solidarischen Wirtschaften ethische, soziale und demokratische Gesichtspunkte im Vordergrund. Gewinn und Marktfähigkeit sind nur dann mit Sinn gefüllt, wenn sie allen Mitgliedern der Kooperative und ihrer Gemeinschaft nutzen. Auch die Ökologie spielt für die Kooperative im Township Ivory Park trotz der drängenden sozialen Probleme eine Rolle. Die Werkstätten, die anlässlich des Weltgipfels 2000 in Johannesburg als Ökodorf entstanden, werden Schritt für Schritt ökologisch ausgerichtet. Demnächst ist die Nutzung von Solarenergie geplant. Der Anbau im Gemüsegarten erfolgt in ökologischer Weise.

Das größte Problem der Genossenschaften ist natürlich die Wirtschaftlichkeit. Das fehlende Kapital für den Ankauf neuer Nähmaschinen und den Unterhalt und Ausbau etwa des Gemüsegartens, um die Flächen auszuweiten, belasten die Kooperative. Die Einnahmen aus den Verkäufen reichen nicht aus. Der Staat unterstützt mit

diversen Programmen Genossenschaften im Land, doch im bürokratischen Dschungel braucht man Hilfe und gute Beziehungen. Geplant ist deshalb ein Kapitalfonds, in den mehr Mitglieder einbezahlen, und aus dem dann notwendige Maßnahmen finanziert werden können. Ein Netzwerk verschiedener Betriebe der solidarischen Wirtschaft in Südafrika soll zudem helfen, die Schwachpunkte der bestehenden Initiativen zu überwinden.

Austausch zwischen den entstehenden Inseln der solidarischen Ökonomie ist dringend notwendig, nicht nur um Fehler, etwa im Bereich der Selbstverwaltung, an dem schon manche Kooperative gescheitert ist, zu vermeiden, sondern auch, um das Gefühl zu stärken, nicht allein zu sein.

ARMIN OSMANOVIĆ LEITET DAS AUSLANDSBÜRO SÜDLICHES AFRIKA DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG IN JOHANNESBURG

CONSTANZE LINDEMANN

EIN WEG ZU MEHR TEILHABE

DER ÖFFENTLICH GEFÖRDERTE BESCHÄFTIGUNGSSEKTOR IN BERLIN

Studie 5 «Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren» hatte sich der rot-rote Senat in Berlin vorgenommen. Ein «Öffentlich geförderter Beschäftigungssektor» (ÖBS) entstand. Was es damit auf sich hatte, war Gegenstand einer Projektstudie.

Die Koalition aus SPD und LINKE, die Berlin bis 2011 regierte, war sich einig, dass «eine existenzsichernde Arbeit wesentliches Ziel der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik des Landes sein muss. Sie sichert dem Einzelnen den eigenen Lebensunterhalt, schafft soziale Sicherheit und bestimmt gesellschaftliche Entwicklungschancen und soziale Anerkennung.» Weil der sogenannte erste und zweite Arbeitsmarkt allein keine Lösung zur Integration der Erwerbslosen biete, hieß es in der Koalitionsvereinbarung des Jahres 2006 weiter: «Notwendig ist neben dem ersten und zweiten Arbeitsmarkt ein öffentlich geförderter Beschäftigungssektor.»

Ziel der Arbeitsmarktpolitik des Landes müsse sein, «Existenzsichernde Arbeit in Form regulärer, tariflich bezahlter Beschäftigung zu ermöglichen». Mit einer Beschäftigungszeit von deutlich mehr als einem Jahr und einer sozialversicherungspflichtigen Tätigkeit bei mindestens 1.300 Euro brutto wollte der Senat ein Alternativkonzept zu den den sogenannten Ein-Euro-Jobs entwickeln. Es war erklärte Absicht, mit dem ÖBS gegen den immer weiter auswachsenden Niedriglohnsektor und die trotz Arbeitsvertrag bleibende Abhängigkeit von staatlichen Zuzahlungen und Jobcentern eine neue Strategie zu setzen. Der ÖBS sollte sowohl für die geförderten Langzeitarbeitslosen wie für das Land Berlin einen gesellschaftlichen «Mehrwert» erbringen: Es ging darum, mit dem Mangel an Arbeitsplätzen gleichzeitig Defizite in der öffentlichen Daseinsvorsorge zu beheben, indem «dringend notwendige Leistungen zur Aufrechterhaltung des gesellschaftlichen Zusammenhangs» zur Verfügung gestellt werden. Zehntausend Arbeitsplätze waren das vorläufige Ziel; und als Handlungsfelder wurden die Verbesserung der Perspektiven einer älter werdenden Gesellschaft, die Stärkung des sozialen Zusammenhalts, der kulturellen Bildung sowie die Unterstützung der Integration benannt.

Die im Juli 2011 fertiggestellte Studie untersuchte anhand von fünf Projekten und in Gesprächen mit zwei Akteurinnen auf der politischen Ebene, inwieweit der gewünschte «gesellschaftliche Mehrwert» erzielt wurde und welche Erfahrungen und Erkenntnisse die Beteiligten im Verlauf der Projekte gewinnen konnten. Zum Zeitpunkt der Erstellung der Studie war bereits absehbar, dass dem ÖBS trotz seiner unter schwierigen Bedingungen erzielten Erfolge, keine lange Zukunft beschert sein würde. Umfragen kündigten der LIN-

KEN, die die treibende Kraft bei der Einrichtung des ÖBS war, den Verlust der Regierungsbeteiligung an. Es steht außer Frage, dass der Berliner ÖBS neue Wege in eine auf Teilhabe und Mitgestaltung ausgerichtete Gesellschaft eröffnet hat. Die Berichte derer, die entweder die jeweiligen Projekte entwickelt haben oder die zum ersten Mal seit Jahren wieder einen Arbeitsvertrag für eine sinnvolle Tätigkeit bei existenzsichernder Bezahlung erhielten, beschreiben das mit jedem Wort. Gleichzeitig hatte aber die auf der Bundesebene festgelegte, seit der Agenda 2010 unverändert verfolgte und inzwischen in vielen Köpfen verankerte neoliberale Arbeitsmarktpolitik dem «Projekt ÖBS» außer den bürokratischen Hindernissen eine vielfach ideologisch ausgerichtete, veröffentlichte Meinung in den Weg gestellt. «Lasst uns über Alternativen reden». Diesen Satz können wir auch im Zusammenhang mit dem Thema «Soziale Ökonomie» nicht oft genug wiederholen. Bereits in den 1990er Jahren wurde diese Diskussion von der PDS begonnen. Inzwischen wurde sie mit vielen praktischen Projekten unterfüttert. Da sie von der ökonomischen Entwicklung jeden Tag drängender auf die Tagesordnung gerufen wird, muss sie von sehr viel mehr Menschen weitergeführt und öffentlich gemacht werden. Also, reden wir darüber!

CONSTANZE LINDEMANN IST VORSITZENDE DES FACHBEREICHS MEDIEN, KUNST UND INDUSTRIE IM VERDI-LANDESBEZIRK BERLIN-BRANDENBURG

AktivistInnen von «Iaioflautas». Foto: acampadabcnfoto/Flickr



JENS GAITZSCH/STEFAN HÖRNER/ANIKA NIGGEWEG

MIT LINKS VERBRAUCHEN

ARBEITSKREIS VON STIPENDIATINNEN ZEIGT NACHHALTIGE KONSUMALTERNATIVEN

Unter den StipendiatInnen der Rosa-Luxemburg-Stiftung gibt es eine Gruppe, die relativ klein ist und ein stolzes Schattendasein führt. Es sind die Geförderten in den sogenannten MINT-Fächern Mathematik, Ingenieurs-, Natur- und Technikwissenschaften.

Sie sind die ExotInnen der gesamten «Stipschaft». Vor allem aus ihren Reihen ist vor einiger Zeit der Arbeitskreis Nachhaltigkeit entstanden, der auch ganz praktisch in das Stiftungsleben eingreift. Jeder Arbeitskreis benötigt einen Schwerpunkt, um die Anfangszeit zu überstehen. Beim AK Nachhaltigkeit war das der «kritische Konsum mit links» in seiner praktischen Form. Anstatt einer längeren theoretischen Abhandlung wollten die Macherinnen und Macher anderen Interessierten und auch sich selbst einen Leitfaden in die Hand geben, wie man kritischen Konsum mit links selbst gestalten kann. In einem Seminar sollten alle Bereiche des täglichen Konsums beleuchtet und linke, kritische Alternativen aufgezeigt werden. Das Ziel lässt sich gut in der Ankündigung zur Veranstaltung erkennen:

«Die Tasse Kaffee am Morgen, der Strom aus der Steckdose, die neuen Klamotten, das Geld aus dem Automaten und die Fahrt mit der Straßenbahn – es gibt so viele Dinge, die wir als normal empfinden und regelmäßig konsumieren. Doch woher kommen sie eigentlich? Welche Wirkung haben ihre Herstellung, Nutzung sowie Entsorgung auf die Umwelt und die soziale Situation in

einer Gesellschaft? In dieser Veranstaltung wird der eigene Einkaufsbeutel genau unter die Lupe genommen. Es soll aufgezeigt werden, welche praktischen Handlungsmöglichkeiten in vielen verschiedenen Lebensbereichen bestehen und welche Kriterien dir dabei Orientierung bieten könnten.» Das Seminar war ein Erfolg auf ganzer Linie. Ohne große Werbung war es schnell ausgebucht. Anscheinend hatte der Arbeitskreis einen Nerv getroffen. Trotz des Erfolgs blieb ein Wermutstropfen: Die Veranstaltung hatte zwar 22 Teilnehmende, das Tagungshaus im Ökozentrum Verden war voll – aber trotzdem waren es eben nur 22 Leute und nicht die große Masse, die erreicht werden konnte. Was tun? Die Antwort war weitere Arbeit. Neben individuellen Vorträgen auf Seminaren außerhalb des Stiftungsumfeldes arbeitete der Arbeitskreis intensiv an einem Papier zum kritischen Konsum, das nun als Online-Publikation bei der Stiftung erschienen ist. Neben der Bildung der einzelnen Menschen ist der «kritische Konsum mit links» auch ein Thema für linke Organisationen, also etwa für die Rosa-Luxemburg-Stiftung selbst. Der Anspruch an Veränderung sollte nicht am eigenen Handeln scheitern – gemäß dieser Maxime haben einige von uns Studienwerk und Stiftung unter die Lupe genommen. Ob Briefpapier, Strom, Pappsteller, Plastikbesteck, Catering oder andere Bereiche – per Antrag wollten wir hier einiges ändern. Ein wenig entgegen unserer Erwartung unterstützt uns die Stipschaft des Studienwerks sogar bei der Forde-

rung nach einem vegetarischen Standard bei der Essensversorgung. Die Umweltzerstörung durch Fleischproduktion hat sich anscheinend doch weiter herumgesprochen als gedacht. Zusammen mit dem Gesprächskreis «Nachhaltigkeit» bohren wir nun dickere Bretter und versuchen, ein Umdenken zu erreichen. Zumindest im Studienwerk sind bereits erste Erfolge sichtbar. Zweifelsohne ist Nachhaltigkeit mehr als nur der kritische Konsum. Neben dem individuellen Beitrag zu einem lange lebensfähigen Planeten muss auch die gesamte Gesellschaft inklusive ihres Wirtschaftssystems einen großen Beitrag leisten. In einem weiteren Seminar haben wir uns deshalb der Green Economy oder besser: den linken Alternativen zum Green New Deal zugewandt. Mit solidarischer Ökonomie, alternativen Indikatoren zum BIP, demokratischem Produzieren bis hin zu nachhaltiger Landwirtschaft haben wir uns intensiv mit möglicher linker nachhaltiger Wirtschaft auseinandergesetzt. Wie weiter? Neben der

Ferienakademie wollen wir uns auch weiterhin in die Stiftung einbringen und setzen bei unseren nächsten Veranstaltungen einen Schwerpunkt auf technologische Nachhaltigkeit und internationale Herausforderungen der Nachhaltigkeit.

JENS GAITZSCH IST DIPLOMIERTER CHEMIKER UND PROMOVIERT IN DRESDEN. STEFAN HÖRNER STUDIERT MASCHINENBAU IN MAGDEBURG. ANNIKA NIGGEWEG IST JURASTUDENTIN IN BERLIN. DIE AUTORINNEN SIND STIPENDIATINNEN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

DER 30-SEITIGE LEITFADEN «Kritischer Konsum mit links – (Wie) Geht das?» kann unter www.rosalux.de/publication/38522 heruntergeladen werden. HerausgeberInnen sind Danny Lämmerhirt, Katharina Scholz und Sandra Thieme.

SONGÜL BITIS/NINA BORST

GEZEICHNET VOM SYSTEM

STUDIENWERK ZEIGT BILDUNGSWEGE JUNGER LEUTE – IN COMICFORM

Herkunft beeinflusst in Deutschland noch immer die Zukunft von Menschen. Der Zugang zur Bildung ist nicht für alle gleich. Tausend Mal ist das erforscht und aufgeschrieben.

Doch in den Köpfen steckt: «Wer es nur will, schafft es schon.» Beim Scheitern folgt die Suche nach den Schuldigen. Wer soll es gewesen sein? Die Eltern, die sich nicht «kümmern», die «unbegabten» Schülerinnen und Schüler oder diejenigen, die viele Sprachen sprechen, aber deren Sprache nicht im Schuldeutsch anerkannt wird? Oder die Lehrerinnen und Lehrer, die alles auffangen sollen, was Kita und Schule bisher versäumt haben?

Im Zentrum der Wanderausstellung «Lux like Comic – (Un)mögliche Bildungswege» stehen Biografien von Menschen ohne akademischen Bildungshintergrund. In Form von Comicgeschichten werden ihre Erfahrungen und Strategien im Umgang mit Ungleichheiten im Bildungssystem sichtbar. Die Schau in Zusammenarbeit mit 123 Comics will das Wort an diejenigen geben, über die oftmals nur gesprochen wird. Es wird sichtbar gemacht, welche Hürden im Bildungssystem übersprungen wurden, wer und was dabei geholfen hat und welches Hindernis auch mal zum Verhängnis wurde.

Zu sehen sind Bilder und Geschichten von Menschen, die für ihre Bildung kämpfen mussten. Sie berichten: «An der ersten Bildungsschwelle bin ich ja schon gescheitert, da bin ich ja auf die Hauptschule gekommen, musste dann nochmal drüberspringen, dann zur Realschule, musste nochmal drüberspringen. Also dieses Rüberspringen, das hab ich schon bei jeder Bildungsschwelle mitbekommen. Und manchmal auch zweimal, beim Abitur». Oder: «Ich bin die Erste in der Generation, die studiert hat. Von allen Geschwistern

meiner Mutter, die Kinder bekommen haben, bin ich die einzige die studiert hat.» Oder: «Wer sich anstrengt, bring es auch zu was? Schön, wenn das so stimmen würde. Bei mir im Jurastudium sah das ganz anders aus. Da gab es ganz viele, deren Eltern schon Juristen waren. Purer Zufall?»

Die Ausstellung soll Mut machen, den eigenen Weg zu gehen und Verantwortung zu übernehmen. Eröffnet wird sie am 18. Oktober von 10 bis 16 Uhr im Münzenbergsaal des Bürogebäudes am Franz-Mehring-Platz 1 in Berlin. Eingeladen sind SchülerInnen, PädagogInnen, AktivistInnen und weitere Interessierte, die sich mit dem Übergang von der Schule zum Beruf beschäftigen. Für Gespräche und Diskussionen stehen HauptakteurInnen der Comic-Geschichten und ExpertInnen der Stiftung zur Verfügung.

SONGÜL BITIS UND NINA BORST SIND PROJEKTFREFERENTINNEN IM STUDIENWERK DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG



Bild: 123 Comics

MEHR STUDIERENDE und Promovierende als je zuvor aus Nichtakademiker-Familien und mit Migrationshintergrund wird die Stiftung in diesem Jahr fördern. Mit dem Studienstipendien-Programm «Lux like Studium» wurde der Anteil der Geförderten ohne familiären akademischen Hintergrund binnen zwei Jahren auf 58 Prozent verdoppelt. Im Jahr 2011 ging zudem jedes zweite Stipendium an Promovierende, deren Eltern keinen akademischen Abschluss haben. Der Anteil der Geförderten mit Migrationshintergrund erreicht 37 Prozent. Von Januar bis Ende Juli 2012 wurden insgesamt 845 Stipendien vergeben. Bis Jahresende kommen voraussichtlich 135 hinzu.



Mitglieder von «Tsukunft», der Jugendbewegung des Arbeiterbundes, in den Trümmern des Warschauer Gettos. Foto: Yivo Institute New York

HOLGER POLITT

VERGESSENE GESCHICHTE

TAGUNG ZUR GESCHICHTE DES JÜDISCHEN ARBEITERBUNDES IN WARSCHAU

Der Bund gehört eher zu den vergessenen Seiten in der Geschichte der europäischen Arbeiterbewegung. Nur noch gelegentlich wird an diese sozialdemokratische Partei erinnert, die mit der fast vollständigen Vernichtung des Judentums im östlichen Teil Europas von der politischen Bildfläche verschwand.

Anfang Juni nahm sich in Warschau eine mehrtägige Konferenz dieses Themas an: «New Perspectives on the History of the Jewish Labour Bund». Gemeinsame Ausrichter des Treffens waren das renommierte Jüdische Historische Institut (ŻIH) aus Warschau, die Forschungsinitiative www.bundism.net an der Freien Universität (FU) Berlin und die Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Eröffnet wurde die Konferenz durch Paweł Śpiewak, Direktor des ŻIH, Gertrud Pieckhahn von der FU, Jack Jacobs von der City University New York und Florian Weis, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Rosa-Luxemburg-Stiftung. WissenschaftlerInnen und PublizistInnen aus Polen, Israel, den USA, aus Ungarn, Großbritannien, Frankreich, der Schweiz, aus Kanada, Australien, Argentinien und aus Deutschland waren vertreten. Die Tagung, an der viele junge Menschen teilnahmen, verstand sich als Fortsetzung einer Veranstaltung, die 1997 zum 100. Gründungstag des Bundes am ŻIH und damals mit Unterstützung der Friedrich-Ebert-Stiftung durchgeführt wurde. Auch deshalb bezeichnete Ezra Mendelsohn (Hebrew University Jerusalem) die Unterstützung der großen Würdigung des Bundes und der BundistInnen durch die Rosa-Luxemburg-Stiftung als erfreuliche Paradoxie. Denn das Verhältnis von

Rosa Luxemburg zum Bund sei durch vielfältige Widersprüche gekennzeichnet gewesen. In diesem Zusammenhang betonte Joanna Gwiazdecka, die Leiterin des Warschauer Büros der Stiftung, dass mit der Erforschung der Geschichte des Bundes zugleich auch immer ein bedeutendes Stück jiddischer politischer Kultur auf dem Boden Polens, Litauens und der Belarus rekonstruiert werde.

1897 gründeten jüdische ArbeiteraktivistInnen in Wilna (Vilnius) den Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbund in Litauen, Polen und Russland, kurz: Bund. Die Organisation konzentrierte sich vor allem auf jiddischsprachende ArbeiterInnen in den westlichen Industriezentren des damaligen Russischen Reiches, also insbesondere im sogenannten Königreich Polen und im historischen Litauen. Die Partei trat für eine national-territoriale Autonomie für die jüdische Bevölkerung ein, bekämpfte den aufkommenden Zionismus als ein den Zielen der Arbeiterbewegung abträgliches Element und war Gründungsmitglied der 1898 entstandenen Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAPR). Obwohl der Bund zur II. Internationale gehörte, waren die Beziehungen zu den Sozialdemokraten im Königreich Polen und zur sozialdemokratischen Partei des Gesamtreiches überwiegend vertrackt. Zumeist ging es um die durch den Bund angestrebte national-territoriale Autonomie für die jüdische Bevölkerung. Rosa Luxemburg hielt sie beispielsweise für ein ausgemachtes Hirngespinnst, da die jüdische Bevölkerung auf keinem größeren geschlossenen Gebiet die Bevölkerungsmehrheit stelle. Auf diese für die Geschichte der Arbeiterbewegung in Polen,

Litauen und Russland sensiblen Fragen verwies Feliks Tych auf einer Abendveranstaltung, die speziell dem Verhältnis von Rosa Luxemburg zum Bund gewidmet war. Es würden nur wenige zusammenhängende schriftliche Äußerungen von ihr vorliegen, aus denen ihre damalige Haltung erschlossen werden könne. Soweit sie sich ausführlicher zum Bund äußerte, habe sie es fast ausschließlich in ihren polnischen Schriften getan, die aber weniger bekannt wären. Außerdem fänden sich im umfangreichen Briefwechsel mit Leo Jogiches manch offene oder versteckte Hinweise. Für den Historiker der Arbeiterbewegung, so Tych, der von 1996 bis 2006 als Direktor des ZH leitete, lasse sich auf dieser zugegeben schmalen Basis die Haltung Rosa Luxemburgs zum Bund dennoch gut rekonstruieren. Hilfreich sei dabei vor allem die genaue Kenntnis der Beziehungen zwischen den einzelnen Arbeiterparteien in Polen, Litauen und Russland.

In den Debatten und Diskussionen wurde deutlich, dass insbesondere die jüngeren TeilnehmerInnen ihre Forschungsarbeiten zu den verschiedenen Seiten in der Entwicklung des jüdischen Arbeiterbundes als einen Beitrag verstehen, die Erinnerung an einen wichti-

gen Teil des jüdischen politischen Lebens in der Osthälfte Europas auch künftig wachzuhalten. Da der Bund nach 1918 im selbstständig gewordenen Polen, zu dem auch Wilna gehörte, als legale Organisation weiterbestand und sich durch ein vielfältiges politisches und öffentliches Leben auszeichnete, bietet sich dem/der HistorikerIn eine ergiebige Materialfülle. In der Zeit des Zweiten Weltkriegs und der deutschen Okkupation beteiligten sich die Bundisten am jüdischen und polnischen Widerstandskampf. Stellvertretend für die vielen sei hier an Marek Edelman erinnert, der im Frühjahr 1943 am Aufstand im Warschauer Ghetto teilnahm und wenige Monate später ab August 1944 zu den Warschauer Aufständischen gehörte. Die Warschauer Tagung zu neuen Fragen der Erforschung der Geschichte des jüdischen Arbeiterbundes bestätigte das internationale Interesse an diesem Gegenstand der europäischen Arbeiterbewegung, verdeutlichte zugleich aber die große Lücke, die sich beim Blick auf die Geschichte der Arbeiterbewegung in Polen und Russland für die meisten von uns auftut.

HOLGER POLITT IST REFERENT FÜR EDITORISCHE UND HISTORISCHE ARBEIT ZU ROSA LUXEMBURG IN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

TORGE LÖDING

WACHSENDER WIDERSTAND

NACH DEN WAHLEN IN MEXIKO REGT SICH PROTEST GEGEN KORRUPTION UND BETRUG

Alle sechs Jahre wird in Mexiko ein neuer Staats- und Regierungschef gewählt, zuletzt am 1. Juli. Überschattet wurden die Wahlen von Vorwürfen wegen Betrug und Stimmenkauf.

Gegen den «Wahlsieg» Enrique Peña Nietos, Kandidat der autoritären ehemaligen Staatspartei «Partei der institutionellen Revolution» (PRI), formiert sich die Zivilgesellschaft Mexikos in nie dagewesener Form. Bereits vor den Wahlen waren zwei zivilgesellschaftliche Gruppen mit breiter gesellschaftlicher Basis entstanden: die «Bewegung für die nationale Regeneration» (Morena) und die (Jugend-) Bewegung «Ich bin Nummer 132». Morena hat der entschiedene Kritiker des Neoliberalismus und ehemalige Bürgermeister von Mexiko-Stadt (2000–2005) Andrés Manuel López Obrador aus der Taufe gehoben, bevor er im November 2011 zum Präsidentschaftskandidaten einer progressiven Allianz um die moderat-linke «Partei der Demokratischen Revolution» (PRD) aufgestellt wurde. Nach eigenen Angaben hat Morena heute mehr als vier Millionen Mitglieder. Auf einem Kongress im November will die Bewegung über die weitere politische Zukunft entscheiden.

Ihren Namen «Ich bin Nummer 132» verdankt die erst in diesem Jahr entstandene Bewegung einem Vorfall auf einer Wahlkampfveranstaltung von Peña Nieto am 11. Mai 2012, als er 131 Studierende einer Privatuniversität beleidigte und beschimpfte. Vor den aufgebracht Studierenden musste er sich auf dem Klo verstecken. Im Zentrum der «Yo Soy»-Bewegung steht die Kritik an der Medienmacht der führenden Medienkonzerne und die Rückkehr der PRI an die Macht. Für Öffentlichkeitsarbeit und Mobilisierung nutzt «Ich bin» soziale Netzwerke, im ganzen Land hat die Bewegung vor der Wahl Zehntausende zum Protest auf Straßen und Plätze gebracht. Mittlerweile nennt sich die Bewegung «Ich bin gegen den Betrug» (Yo soy anti-fraude) und sammelt wie Morena Beweise für Stimmenkauf und Wahlbetrug. AktivistInnen ist es gelungen, die Auszählungsergeb-

nisse von vier Fünfteln der 143.000 Wahllokale zu fotografieren. Die anschließende öffentliche Überprüfung der Stimmabgabe auf drei Internetplattformen kam zu anderen Ergebnissen als die Wahlbehörde IFE. Andrés Manuel López Obrador hat deshalb die Wahl angefochten und fordert ihre Annullierung.

Das Regionalbüro der Stiftung in Mexiko versteht seine Aufgabe vordringlich darin, Diskussionsräume zwischen den Akteuren linker Ansätze zu öffnen. Deshalb hat es den Wahlkampf unter anderem mit einer Veranstaltungsreihe begleitet, an der auch internationale Gäste teilnahmen, wie etwa die Abgeordneten José María Villalta (Frente Amplio) aus Costa Rica und Andrej Hunko (DIE LINKE). Die Debatten um die Wahlkandidatur von López Obrador haben gezeigt, dass ein Konsens nicht immer möglich ist. Die VertreterInnen von PRD und Morena sprachen sich selbstverständlich für die Kandidatur aus. Auch die Mitglieder der Menschenrechtsorganisation «Comité Cerezo» positionierten sich mit ihrer marxistischen Analyse der Verhältnisse positiv zu einer Wahlunterstützung ebenso wie die Studierendengruppe «Telar de Raíces». Hingegen gewannen diejenigen, die wie Enrique Ávila oder Gilbero Lopez y Rivas den Ideen der zapatistischen Bewegung nahestehen, einer Kandidatur nichts ab. An den insgesamt drei Veranstaltungen beteiligten sich entweder direkt im Büro der Stiftung oder zugeschaltet per Videostream deutlich mehr als 300 Personen aus ganz unterschiedlichen politischen Zusammenhängen und Altersgruppen. So kamen etwa VertreterInnen der Gründergeneration der PRD in Diskussion mit jungen Aktiven der «Yo Soy»-Bewegung. Die gesellschaftliche Debatte um die Perspektive der Linken in Mexiko und der Region ist mit dem vermeintlichen Wahlsieg von Peña Nieto keinesfalls beendet, sie verspricht jetzt erst richtig interessant zu werden.

TORGE LÖDING IST LEITER DES AUSLANDSBÜROS ZENTRALAMERIKA DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG IN MEXIKO-STADT

MARLIES LINKE

ASIEN IM BLICK

NEUER ARBEITSKREIS STARTETE MIT DISKUSSION ÜBER ARBEITSMIGRATION IN CHINA

Seit Mitte Juni gibt es bei der Stiftung den regionalen Arbeitskreis Asien. Mehr als 30 Interessierte fanden sich zum konstituierenden Treffen in Berlin ein.

Das Gremium will ein Ort des Austauschs über Entwicklungen in den Ländern und der Region sein. Es versteht sich zudem als Angebot zum gemeinsamen Lernen und zur Vernetzung zwischen Asieninteressierten im Stiftungsumfeld und Organisationen mit Bezug zum Kontinent. Zum Auftakt des Gründungstreffens präsentierten die Mitarbeiterinnen des Asienreferats die Arbeit in den Regionen Ost- und Südostasien (Transformationsländer), Südasien und in Deutschland selbst. Sie skizzierten die Rahmenbedingungen, erläuterten die Programmschwerpunkte und gingen auf die Zusammenarbeit mit Partnerorganisationen ein. Auch Grenzen und Möglichkeiten der Arbeit innerhalb der Programme, die vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) finanziert werden, wurden deutlich gemacht. Zudem stellten sie die Teams der Auslandsbüros in Delhi und Hanoi sowie des in Vorbereitung befindlichen Büros in Peking vor.

Mit ihrem Vortrag zum Thema «Urbanisierung, Migration, Arbeit: Offizielle Politik und informelle Entwicklungen am Beispiel Chinas» bereitete Bettina Gransow die Grundlage für eine lebhaft diskutierte Veränderung der Volksrepublik. Die Wissenschaftlerin forscht sowohl an der Freien Universität Berlin als auch an der Sun Yatsen-Universität im chinesischen Guangzhou.

Der Leiter des im Aufbau befindlichen Stiftungsbüros in China, Lutz Pohle, ergänzte die Ausführungen Gransows mit Erfahrungen aus der Arbeit von und mit Partnerorganisationen der Rosa-Luxemburg-Stiftung, die unter anderem ArbeitsmigrantInnen über ihre Rechte informieren und sie bei deren Durchsetzung unterstützen. Deutlich gemacht wurde, dass sich künftige Runden des Arbeitskreises Asien auch anderen Teilen des Kontinentes zuwenden werden. So sollen auch Asieninteressierte erreicht werden, deren Aufmerksamkeit nicht vorrangig China gilt. Im abschließenden Gespräch

äußerten die Teilnehmenden ihre Erwartungen sowie Themen, die eine Rolle in dem Arbeitskreis spielen sollten. So soll der Arbeitskreis WissensträgerInnen und Interessierte vernetzen, sich gezielt dem Austausch von Informationen zur Entwicklung in Asien mit Akteuren, die in Deutschland mit Asienbezug arbeiten, annehmen und Kontakte und Austausch mit Partnern in Asien pflegen. Gewünscht wurde zudem eine bessere Koordinierung zwischen dem Asienreferat und dem Umfeld der Stiftung sowie die Bereitstellung von Informationen über gesellschaftliche Entwicklungen in Asien. Auch Berichte über konkrete Projekte der Zusammenarbeit und deren Ergebnisse sind gefragt, ebenso wie die Vernetzung mit linken Studierenden mit Asienbezug und die Übersetzung von linken Debatten in Ostasien beziehungsweise in Deutschland und Europa für Ostasien sowie regelmäßige Veranstaltungen hier zu Lande. Geplant ist, dass der Arbeitskreis künftig zwei Mal jährlich zusammentrifft. Das nächste Treffen ist für Dezember vorgesehen.

Parallel zum Arbeitskreis findet auch weiterhin das «Linke Asienforum» statt, das von der Stiftung mitgestaltet wird. Jeweils am letzten Mittwoch im Monat werden Vorträge mit anschließender Diskussion zu Themen aus der Region angeboten. Nach der Sommerpause findet die erste Veranstaltung am 26. September zu den Entwicklungen in Nepal und einem Beitrag des Büroleiters der Stiftung in Südasien, Carsten Krinn, statt. Beginn ist um 18 Uhr.

MARLIES LINKE IST REGIONALREFERENTIN ASIEN IN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

MEHR INFORMATIONEN zur Arbeit des Regionalreferats und der Auslandsbüros in Asien finden sich im Internetangebot der Stiftung unter www.rosalux.de/international/asien.html. Interessierte am Asienforum können sich in einen Mailverteiler eintragen lassen – Nachricht senden an linkesasienforum@googlemail.com.

SIEGFRIED SCHRÖDER

GERAUBTER REICHTUM

AUSLANDSBÜRO IN OSTAFRIKA MIT KONFERENZ ZUR LANDFRAGE ERÖFFNET

Anfang Juli eröffnete die Rosa-Luxemburg-Stiftung ihr Auslandsregionalbüro Ostafrika im tansanischen Daressalam. Auf einer internationalen Konferenz diskutierten Gäste aus Afrika und Europa über die Landfrage in der Region, den Umgang mit natürlichen Ressourcen und die Folgen des Klimawandels.

Die Konferenz spiegelte die breite Themenpalette wider, der sich das Ostafrika-Büro in den nächsten Jahren widmen wird. Auf die ungerechten Handelsbeziehungen zwischen der EU und Afrika ging Thomas Händel in seiner Eröffnungsrede ein. Der stellvertretende Vorstandsvorsitzende der Stiftung und Europaabgeordnete für die LINKE betonte, dass eine neue, an sozialer und ökologischer Nach-

haltigkeit ausgerichtete Entwicklungs- und Handelspolitik ein fundamentales Umdenken in Europa, aber auch in Afrika voraussetze. «Die Profitinteressen multinationaler Konzerne dürfen nicht mehr die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in den Ländern der Region bestimmen», sagte Händel.

Den Ball nahm der Vorsitzende des zivilgesellschaftlichen Verfassungs-Forums, Deus Kibamba, aus tansanischer Sicht auf. Er wies auf den Reichtum Tansanias und seiner Nachbarländer hin. Trotz großer Agrarflächen, Vorkommen an Gold, Gas, Uran und Öl, touristischen Attraktionen und fischreichen Gewässern ließe der ungerichtete Handel den Mehrwert dieser Ressourcen jedoch außerhalb

der Region entstehen. Landraub, unzureichende soziale Infrastruktur und ein geringes Steueraufkommen zeigten deutlich, dass der regionale Reichtum nicht den OstafrikanerInnen zugute komme. Bei den Vorträgen und Diskussionen am zweiten Tag der Konferenz wurden die aktuellen Konfliktlinien vertieft. Am Beispiel des Land-Grabbing zeigte Emmanuel Massawe vom tansanischen «Lawyers Environmental Action Team», dass die Verpachtung großer Ländereien an ausländische Investoren oftmals ohne Beteiligung der lokalen Gemeinden erfolge. Durch den Verlust der Nutzungsrechte würden die ehemaligen LandnutzerInnen ihrer Ernährungs- und Einkommensgrundlage beraubt. Frank Muramuzi von der ugandischen Nichtregierungsorganisation «National Association of Professional Environmentalists» sprach sich dafür aus, bei der Nutzung von Land, Bodenschätzen und Wasser auf ökologische Nachhaltigkeit und ausreichenden Nutzen für die lokale Bevölkerung zu achten. «Gesellschaften sind dann stabil und nachhaltig», so Frank Mu-

ramuzi, «wenn sie die Zusammenhänge und Abhängigkeiten von Land, Bodenschätzen, Kultur und Umwelt verstehen und akzeptieren. Die Umwelt muss in erster Linie den Menschen dienen, ihr Bestand muss allerdings umfassend geschützt werden.»

Bei der Eröffnung des Büros waren neben lokalen Partnerorganisationen sowie Stiftungs- und Parteistrukturen der LINKEN auch die anderen politischen Stiftungen und diverse Entwicklungsorganisationen vertreten. In einer kurzen Ansprache wies der deutsche Botschafter Klaus-Peter Brandes auf den bereits fruchtbaren und regen Austausch zwischen der Botschaft und der Rosa-Luxemburg-Stiftung hin und begrüßte, dass nun fast alle deutschen Stiftungen im Lande vertreten seien. Informationen zur Arbeit der Stiftung in Ostafrika sind unter www.rosalux.de/international/afrika/ostafrika.html abrufbar.

SIEGFRIED SCHRÖDER LEITET DAS AUSLANDSBÜRO OSTAFRIKA DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG IN DARESSALAM

KATHRIN BUHL

REVOLUTIONEN DENKEN

KOLLOQUIUM ZU LUXEMBURG, MARCUSE UND PEDROSA IN BRASILIEN

Unter dem Titel «Pensando revoluções» (Revolutionen denken) fand Mitte Juni ein Kolloquium der Rosa-Luxemburg-Stiftung im brasilianischen São Paulo statt. Anlass war der 60. Geburtstag der Publizistin Isabel Loureiro.

Die Übersetzerin und Herausgeberin mehrerer Bücher von und über Rosa Luxemburg war langjährige Vorsitzende des brasilianischen «Instituto Rosa Luxemburg» und ist engagierte Begleiterin der Arbeit des Auslandsbüros in der Region Cono Sur. Mehr als 70 TeilnehmerInnen gingen der Frage nach, welche Bedeutung das Denken von Rosa Luxemburg, Herbert Marcuse und Mario Pedrosa für die heutige Linke in Brasilien hat. Reform oder Revolution, Parlamentarismus und Realpolitik, das Verhältnis zwischen Parteien, Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und dem spontanen Agieren der Massen, radikale Demokratie, Vereinbarkeit von privatem und politischem Leben – Fragen, die Rosa Luxemburg vor 100 Jahren bewegten, sind noch immer aktuell. «Rosa Luxemburg war für uns lange Zeit ein Symbol, ein Bild, eine Märtyrerin», sagte Mari Gorete von der brasilianischen Landlosenbewegung MST: «Erst die Auseinandersetzung mit ihrem Denken, ihrem Leben hat sie für uns wirklich lebendig gemacht. Sie hat gerade uns Frauen im MST geholfen, Widersprüche zu erkennen, unseren Platz in der Bewegung und in der Gesellschaft selbstbewusst einzufordern, unsere Ideen zu verteidigen.»

Herbert Marcuse, so der Philosoph José Correa Leite, habe die heute in der lateinamerikanischen Linken diskutierte «Zivilisations-

krise» schon vor mehr als einem halben Jahrhundert erkannt. Sein Plädoyer für eine qualitativ neue Gesellschaft, in der nicht mehr die ungebremste Entwicklung der Produktivkräfte, sondern eine emanzipatorische, «menschliche» Gesellschaft im Einklang mit der Natur das Ziel ist, finde sich heute in der Kritik des vorherrschenden Entwicklungsmodells wieder. Dem – europäischen LeserInnen sicher weniger vertrauten – brasilianischen Kunstkritiker, Schriftsteller und Aktivist Mario Pedrosa gebührt unter anderem das Verdienst, schon in den 1930er Jahren die Bedeutung des Werkes Rosa Luxemburgs für die Linke in Brasilien erkannt zu haben. In den 1960er Jahren analysierte er die Entwicklung des «Neokapitalismus» sowohl in den Zentren als auch in der Peripherie. «Von besonderer Bedeutung war sein integraler Ansatz, der die Rolle der Konsumgesellschaft, der falschen Bedürfnisse, die entfremdende Wirkung der Kulturindustrie, die durch den technologischen Fortschritt geschaffene strukturelle Arbeitslosigkeit und die Notwendigkeit einer neuen Theorie der sozialen Klassen, einer neuen Gesellschaftlichkeit auf der Grundlage der Freizeit und nicht der abstrakten Arbeit zusammenführte», so Professor Francisco Lambert (Universidade de São Paulo). Für die Debatte um Verstaatlichung von Unternehmen, um das Zusammenspiel von repräsentativer und direkter Demokratie, um Formen und Charakter von Volksmacht, so ergab die Diskussion, bietet das Werk des im Jahr 1981 verstorbenen Pedrosa auch heute vielfältige Impulse.

KATHRIN BUHL IST LEITERIN DES AUSLANDSBÜROS CONO SUR DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG IN SÃO PAULO

IM IG-METALL-HAUS in Frankfurt/Main fand Anfang Mai das erste Treffen des Gesprächskreises Europa der Rosa-Luxemburg-Stiftung statt. Gekommen waren Abgeordnete aus EU-, Bundes- und Landesparlamenten sowie VertreterInnen der LINKEN, der Stiftung, aus Gewerkschaften und sozialen Bewegungen. Die Hauptaufgabe des Gesprächskreises soll die Diskussion alternativer Konzepte zur herrschenden EU-Politik und die Entwicklung gegenhegemonialer Strategien sein. Vorgestellt wurden in Frankfurt auch die europäischen Bildungsbausteine der Stiftung (<http://www.europa-links.eu>). Das Internet-Angebot richtet sich an alle Interessierten, die sich kritisch mit der EU auseinandersetzen wollen. Ein ausführlicher Bericht vom Gründungstreffen findet sich unter www.rosalux.de/news/38634.



Mit einem Infostand auf dem antirassistischen Festival im Goudi-Park von Athen hat die Rosa-Luxemburg-Stiftung ihre Arbeit in Griechenland aufgenommen. Stark nachgefragt war die Broschüre «Schummel-Griechen machen unseren Euro kaputt». Für Oktober ist die Eröffnung eines Büros geplant (siehe Seite 3). Mehr zur Lage in Hellas gibt es online unter www.rosalux.de/index.php?id=23524.

IRENE DÖLLING

BERATENDER BEGLEITER

DER WISSENSCHAFTLICHE BEIRAT DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

Im Jahr 2008 beschloss die Mitgliederversammlung eine Strukturveränderung der Stiftung. In diesem Zusammenhang wurde auch ein wissenschaftlicher Beirat eingerichtet.

In den Beirat gewählt wurden 16 WissenschaftlerInnen aus dem universitären, gewerkschaftlichen und bewegungspolitischen Feld. Vorsitzender war zunächst Albert Scharenberg. Nachdem er im Herbst 2011 die Leitung des Büros in New York übernahm, wurden Irene Dölling zur Vorsitzenden und Frank Deppe zum Stellvertreter gewählt. Der Beirat tagt alle drei bis vier Monate, einmal jährlich in Form einer zweitägigen Klausur.

Das Gremium begleitet die politische Bildungs-, Vernetzungs- und Forschungsarbeit der Stiftung kritisch-beratend. In der konstituierenden Sitzung verständigten sich seine Mitglieder darauf, dass der Beirat kein «Abnick-Organ» sein will, sondern ein Arbeitsgremium. Diesem Anspruch ist der Beirat seither immer besser gerecht geworden. Die wissenschaftliche Kompetenz der BeirätInnen wird für die «Evaluierung» der einzelnen Bereiche der Stiftung und insbesondere der Projekte des Instituts für Gesellschaftsanalyse (IfG) genutzt. Sie bringen ihre Expertise zudem bei Struktur- und Personalentscheidungen ein. Um mit Strukturen und Arbeitsweisen in der Stiftung vertraut zu werden, hat der Beirat einzelne Bereiche zu seinen Sitzungen eingeladen. Mit den DirektorInnen wurden Ziele, Ergebnisse und Probleme diskutiert, kritisch bewertet und gegeben-

falls Empfehlungen für die künftige Arbeit gegeben. Der Beirat hat in den vergangenen Jahren bei Entscheidungen vorbereitend gewirkt. So leistete er Unterstützung bei der Entscheidungsfindung über die Gestaltung der weiteren Kooperation mit den HerausgeberInnen des «Historisch-kritischen Wörterbuchs des Marxismus». Er unterzog die ersten Ausgaben der neuen Zeitschrift *Luxemburg* einer Bewertung und machte Vorschläge zu ihrer weiteren Profilierung und Gestaltung. Mit dem Vorstand, dem IfG und der Akademie für politische Bildung wurde gemeinsam und konstruktiv an einem Vorschlag für die stärkere Integration feministischer Perspektiven in die Arbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung und insbesondere des IfG gearbeitet. Der Beirat hat von 2009 bis 2011 in der Kommission zur Auswahl von StipendiatInnen der Stiftung mitgewirkt und sich aktiv an der Arbeit einer Gruppe beteiligt, die Vorschläge für eine Neugestaltung des Auswahlverfahrens erarbeitet hat.

Von Anfang an war klar, dass der Beirat besondere Aufmerksamkeit der Arbeit im IfG schenken wird. Regelmäßig auf allen Sitzungen des Beirats werden Papiere des IfG diskutiert. Neben Studien und Analysen stehen dabei insbesondere Forschungsergebnisse zu Transformationsprozessen im Zentrum. Der Beirat unterstützt die Orientierung auf Transformationsforschung als eine zentrale Aufgabe, bewertet die konzeptionelle Ausrichtung der Projekte als positiv und Erfolg versprechend, hat aber auch immer wieder auf die

Notwendigkeit verwiesen, sie empirisch stärker zu untersetzen. Bisher hat der Beirat in der Regel fertige Studien und Papiere des Instituts diskutiert und – jüngst etwa bezogen auf das Krisenpapier des oder auf Dieter Kleins Papier über eine «Große Erzählung der Linken» – Vorschläge für die weitere Qualifizierung gemacht.

Fortgesetzt werden sollen auch Diskussionen zwischen Beirat und IfG zu anregenden linken Ansätzen und Publikationen, wie dies etwa bei der Klausur 2011 zu Erik Olin Wrights Buch «Real Utopias» geschah. Zunehmend hat der Beirat selbst Themen für Diskussionen mit dem Institut gesetzt, die aus seiner Sicht für die Analyse von Transformationsprozessen wichtig sind. So stand bei der Klausurtagung im Juni 2012 auf der Grundlage von feministischen Basistexten eine Verständigung über den Stellenwert einer Reproduktionsökonomie für ein linkes Transformationskonzept aus der Perspektive verschiedener Disziplinen im Zentrum.

Ausgehend von den Erfahrungen und Ergebnissen in der ersten Wahlperiode hat der Beirat auf seiner diesjährigen Klausurtagung auch diskutiert, welche Funktionen er hat und welche Schwerpunkte für seine künftige Arbeit gesetzt werden sollen. Konsens besteht im Beirat darüber, dass er ein Gremium ist, das mit seiner Kompetenz die Arbeit der Stiftung hinsichtlich ihrer wissenschaftli-

chen Aspekte inhaltlich beratend begleitet, in kontinuierlicher Kommunikation mit dem Vorstand Entscheidungsfindungen unterstützt und Veränderungsvorschläge unterbreitet. Der Beirat versteht sich als Gremium, das mit seiner wissenschaftlichen Kompetenz Anstöße gibt für die weitere Entwicklung der Stiftung als Denkwerkstatt und als Dialognetzwerk einer breiten Linken. Dementsprechend will der Beirat künftig seine Arbeit stärker darauf fokussieren, wie seine Kompetenzen beziehungsweise die seiner einzelnen Mitglieder für die Arbeit einzelner Bereiche der Stiftung genutzt werden können. So will sich der Beirat etwa mit eigenen Veranstaltungsangeboten an der Herbstakademie des Studienwerkes beteiligen.

Einen Schwerpunkt bildet auch weiterhin die Zusammenarbeit mit dem IfG. Hier ist geplant, stärker den Prozess der Formierung als wissenschaftliches Institut beratend zu begleiten, indem etwa Institut und Beirat gemeinsame Klausuren durchführen und über grundlegende konzeptionelle Fragen diskutieren.

IRENE DÖLLING IST KULTURWISSENSCHAFTLERIN UND HIELT VON 1994 BIS 2008 EINE PROFESSUR FÜR GESCHLECHTERSZOLOGIE AN DER UNIVERSITÄT POTSDAM. SIE IST VORSITZENDE DES WISSENSCHAFTLICHEN BEIRATS DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

SÖREN HAND/SUZANNE VOGEL-VITZTHUM

AUFWIND IM HOHEN NORDEN

STIFTUNG IN SCHLESWIG-HOLSTEIN BIETET ÜBER 100 VERANSTALTUNGEN JÄHRLICH

Laut Adorno zeichnet sich eine befreite Gesellschaft dadurch aus, dass man in ihr ohne Angst verschieden sein kann. Ein Credo, das sich die Rosa-Luxemburg-Stiftung Schleswig-Holstein für ihre Bildungsarbeit zu eigen gemacht hat.

Seit Gründung des Vereins im Jahr 1998 sind Pluralität und eine offene Diskussionskultur ein zentrales Anliegen seiner Bildungsarbeit. Dieser Anspruch spiegelt sich in einem vielfältigen Bildungsprogramm, das unterschiedliche Zugänge zu Themen bietet und Lernprozessen ermöglichen soll: von der klassischen Abendveranstaltung mit Vortrag und Diskussion, Tagungen, Fachgesprächen, Exkursionen, Konferenzen bis hin zu Workshops mit unterschiedlichen methodischen Herangehensweisen. Im vergangenen Jahr konnten wir mit insgesamt 101 Veranstaltungen 3.714 Menschen verschiedener Zielgruppen und Milieus ansprechen. Im Vergleich zu 2009 hat sich damit bei einer kontinuierlichen Zunahme an Veranstaltungen die Zahl der TeilnehmerInnen verdoppelt. Es zeichnet sich also eine klare, positive Bilanz zu den vorherigen Jahren ab.

Diese Entwicklung ist unter anderem auf die intensive Netzwerkarbeit der Landesstiftung zurückzuführen. Als eine eher kleine Landesstiftung ist die Arbeit mit Kooperationspartnern unerlässlich. Wir haben 2011 mit 62 unterschiedlichen Organisationen, wie etwa dem Nordelbischen Missionszentrum, Freien Radios, Gewerkschaften, Attac, der Heinrich-Böll-Stiftung, Fachhochschulen, Gedenkstätten und der Autonomen Antifa, zusammengearbeitet. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung hat sich einen festen Platz in der linken Bildungslandschaft Schleswig-Holsteins erarbeitet und ist zunehmend Ansprechpartnerin für linksaffine Milieus. Diese Entwicklung gilt es nun zu konsolidieren. In diesem Jahr stehen inhaltliche und thematische Vertiefung der Veranstaltungen auf der Agenda. So

mündeten die Veranstaltungen mit skandinavischen GenossInnen, die Lateinamerikareihe und der Workshop zur Solidarischen Ökonomie in den Internationalen Workshop «Take the company ... or what?» am 17. März 2012 in Kiel. Waren internationalistische Themen 2009 ein eher selteneres Veranstaltungsangebot, so hat sich das in den letzten beiden Jahren grundlegend geändert. Auch hat sich die Zusammenarbeit mit den anderen Landesstiftungen im Norden intensiviert. Regelmäßig finden Kooperationen bei besonderen Projekten statt, wie etwa bei der «Community Media Werkstatt» im Hamburger Gängeviertel. Hervorzuheben ist die von der Landestiftung koordinierte bundesweite Rundreise des türkischen Journalisten Necati Abay, Sprecher der Plattform der inhaftierten Journalisten, der über die Repressionen gegenüber JournalistInnen in der Türkei berichtete.

Ein weiterer Erfolg, der letztendlich auch von der positiven Entwicklung des Bildungsangebotes rührt, ist das stetige Anwachsen der Vereinsmitglieder. So hat sich ihre Zahl innerhalb der letzten drei Jahre verdoppelt. Weniger breit gestreut ist die räumliche Verteilung der Veranstaltungen. Nach wie vor bildet Kiel den Mittelpunkt der Bildungsarbeit. Daher wird ein Schwerpunkt der zukünftigen Arbeit in der Regionalisierung der Angebote liegen. Nicht zuletzt wegen der anstehenden Kommunalwahlen 2013. Hier soll neben Schulungsangeboten in Zusammenarbeit mit der Kommunalpolitischen Bildung das Dachprojekt «Lasst uns über Alternativen reden» in den Regionen in konkreten Bildungsangeboten vor Ort umgesetzt werden.

SÖREN HAND IST MITGLIED DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG SCHLESWIG-HOLSTEIN. SUZANNE VOGEL-VITZTHUM LEITET DAS REGIONALBÜRO DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG IN KIEL

Machtwechsel
in
Lateinamerika



Miriam Lang (Hrsg.)

**DEMOKRATIE, PARTIZIPATION,
SOZIALISMUS**

LATEINAMERIKANISCHE WEGE
DER TRANSFORMATION

Manuskripte 96

der Rosa-Luxemburg-Stiftung

180 SEITEN, BROSCHUR

14,90 EURO, ISBN 978-3-320-02282-2

KARL DIETZ VERLAG BERLIN

Das Buch
vollständig im Netz:
[www.rosalux.de/
publication/
38509](http://www.rosalux.de/publication/38509)

JUAN RODRIGUES

DAS BEBEN DER ANDEN

LATEINAMERIKA UND DER WEG ZUM SOZIALISMUS

So manches, was man von europäischen Linken über Lateinamerika zu lesen bekommt, ist nicht ganz frei von einem kolonialen Blick. Auch das linke Europa sieht sich nicht selten als das Maß aller Dinge – so als ermuntere das, was die europäische Linke in den vergangenen 200 Jahren abgeliefert hat, zum Nacheifern.

Der vorliegende Band hebt sich von derlei beherrschender Gelehrsamkeit positiv ab. Nicht Europäer erklären uns Lateinamerika, hier reden fast nur Latinos über ihre Probleme und eigene Lösungsansätze, über «Buen Vivir», den «Plurinationalen Staat» und den «Kolonialismus in den Köpfen». Und machen das in einer Offenheit und mit einem Reflexionsvermögen, die der europäischen Linken gut zu Gesicht stehen würden.

Bolivien, Ecuador, Venezuela, Kuba – es ist eine Operation am offenen Herzen. Vorausgegangen war dem Buch im Jahr 2010 der Band «Democracia, participación y socialismo». Vieles ist unterdessen überholt, entsprechend gering war mein Interesse, mich durch eine deutsche Übersetzung zu mühen. Doch der Blick in den Inhalt belehrte mich eines Besseren: Hier wurde ausgetauscht – bei Themen wie AutorInnen –, wurde aktualisiert und revidiert, wird klarer gesehen als noch vor zwei Jahren. Anders als die ecuadorianische Ausgabe durchzieht den deutschen Band ein Grundmotiv: die Ausdifferenzierung der Linken, nachdem sie die Regierungsmacht übernommen hat. Die Verläufe waren unterschiedlich – und doch so ähnlich: In Venezuela formierte sich die Linke erst nach dem überraschenden Wahlsieg von Hugo Chavez 1998, in Ecuador und Bolivien davor; die Aufspaltung in eine Regierungslinke und in eine zunehmend entmachtete Basislinke verläuft aber überall mehr oder minder gleich – und parallel. Und nicht nur das: In allen drei Andenstaaten hat sich die Regierungslinke selbst ausdifferenziert. Vor allem Intellektuelle, die anfangs begeistert Regierungsverantwortung übernahmen, sind bald frustriert ausgestiegen, nicht selten auch gezielt hinausgedrängt worden, und haben ihr eigenes Lager aufgeschlagen: das der linken Kritiker. Ob Alberto Acosta, der einst den Verfassungsprozess in Ecuador nicht nur präsidierte, sondern auch massiv voran-

trieb und prägte, ob Raúl Prada in Bolivien, ob Edgardo Lander in Venezuela – sie alle haben ihren Preis dafür bezahlt, dass sie den ursprünglichen politischen Intentionen treu blieben. Nicht zuletzt deshalb passt der Band gut in eine Stiftung, die den Namen Rosa Luxemburgs trägt; dieser Linken erging es nicht anders.

Pradas Beitrag «Kommunitärer Sozialismus und plurinationaler Staat» in diesem Band bildet eine Merkwürdigkeit. Er verfasste ihn im Sommer 2010 – als Vizeminister für Strategische Planung des Plurinationalen Staates Boliviens und noch voller Enthusiasmus. Kurz darauf verließ Prada die Regierung. Es spricht für seine Redlichkeit, diesem Text den Weg in die Öffentlichkeit nicht verbaut zu haben. Lander zeigt mit seinem Beitrag zu Venezuela, dass grundlegende linke Kritik dort auch heute noch möglich ist. Auch Aurelio Alonsos hochreflektierter Beitrag zu Kuba überrascht: mit der Nachricht, dass so etwas wieder möglich zu sein scheint. Boaventura de Sousa Santos wiederum liefert mit seiner Wortmeldung «Warum ist Kuba für die Linke zu einem schwierigen Problem geworden?» einen ernst zu nehmenden Plan für den Umbau vom bürokratischen Partei- und Staatssozialismus zur lebensfähigen sozialistischen Gesellschaft – und darüber hinaus ein Muster für kritische Solidarität: «Dies ist der Zeitpunkt, zu dem die linke Welt Kuba all das zurückgeben muss, was sie Kuba dafür schuldet, heute das zu sein, was sie ist.» Der Herausgeberin des Bandes ist ein anspruchsvoller und informativer Band gelungen. In ihrem Einführungsbeitrag übt sie (Selbst-)Kritik an der europäischen Linken und weist darauf hin, dass deren vermeintlicher Internationalismus oft nichts anderes war als ein «linker Kolonialismus in Theorie und Praxis».

JUAN RODRIGUES (BUENOS AIRES) IST FREIER JOURNALIST. ÜBERSETZUNG: GEORG FLACHLEITNER

ANFANG JULI wurde das Buch in Berlin vorgestellt – in lateinamerikanischen Stil. Zwei KommentatorInnen stellten ihre Kritiken vor. Darauf folgte eine Replik der Herausgeberin Miriam Lang. Ein Bericht findet sich unter www.rosalux.de/news/38622.

NEUERSCHEINUNGEN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

VON KRITISCHER THEORIE UND KRITISCHER PÄDAGOGIK

DOWNLOAD UNTER WWW.ROSALUX.DE/PUBLIKATIONEN

TEXTE 72

Marcus Hawel, Moritz Blanke (Hrsg.)

KRITISCHE THEORIE DER KRISE

172 S., BROSCHUR, 14,90 EURO,

ISBN 978-3-320-02277-8, KARL DIETZ VERLAG BERLIN

Seit 2007 erlebt die Welt eine fundamentale Finanz- und Wirtschaftskrise, die in einzelnen Ländern verheerende Auswirkungen hat. Im Jahr 2009 wurden Dimensionen erreicht, die mit jenen aus dem Krisenjahr 1929 vergleichbar sind, wenngleich bisher nicht zu erkennen ist, ob sich auch die politischen Entwicklungen wiederholen werden. Die bisher schon erkennbaren Parallelen sind allerdings Anlass genug, die Aktualität der Kritischen Theorie zu überprüfen.

TEXTE 73

Cornelia Domaschke, Daniela Fuchs-Frotscher, Günter Wehner (Hrsg.)

WIDERSTAND UND HEIMATVERLUST

DEUTSCHE ANTIFASCHISTEN IN SCHLESIEN

207 S., BROSCHUR, 14,90 EURO,

ISBN 978-3-320-02278-5, KARL DIETZ VERLAG BERLIN

Schlesien zählte in den Nachkriegsjahrzehnten zu jenen Themen, die weitgehend den Vertriebenenverbänden überlassen wurden. Als eine Geburtsstätte des Widerstands gegen das Kapital blieb Schlesien bestenfalls durch den Aufstand der schlesischen Weber 1844 in einer breiteren Öffentlichkeit präsent – vor allem über Heines und Hauptmanns Werke. Als ein Ort antisemitischer Verfolgungen, aber auch als ein wichtiges Zentrum des Widerstands gegen die Nazi-diktatur ist Schlesien hingegen fast vollständig vergessen.

MANUSKRIPTE 1 (NEUE REIHE)

Horst Adam, Dieter Schlönvoigt (Hrsg.)

KRITISCHE PÄDAGOGIK

FRAGEN – VERSUCH VON ANTWORTEN

168 S., BROSCHUR, ISSN 2194-864X

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung will den Diskurs zur Entwicklung emanzipatorischer, linker Bildungspolitik und kritischer Erziehungswissenschaft vorantreiben und den Austausch über Erkenntnisse und Erfahrungen zu entsprechenden Fragen fördern. Sie folgt damit dem Wunsch kritischer Wissenschaftler, Pädagogen, Psychologen, Soziologen, Gewerkschafter, Bildungspolitiker und praktisch tätiger Pädagogen. Der Band stellt erste Ergebnisse des Arbeitskreises «Kritische Pädagogik» vor.

LUXEMBURG – GESELLSCHAFTS-ANALYSE UND LINKE PRAXIS

Hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

HEFT 2/2012: «EUROPA, LINKS»

160 S., 10 EURO, ISBN 978-3-89965-860-6,

VSA-VERLAG HAMBURG

Die Krise des Finanzkapitalismus ist von oben zur Krise der Staatsschulden definiert worden. Die deutsche Regierung treibt ihre Kürzungspolitik und die Entdemokratisierung voran. Wie steht es um die Linke(n)? Welche Strategien werden entwickelt? Wie können Perspektiven für ein soziales Europa aussehen? Mit Beiträgen von Perry Anderson, Marica Frangakis, Klaus Ernst, Michel Husson, Asbjørn Wahl, Margarita Tsomou, Heinz Bierbaum, Bob Jessop, Panagiotis Sotiris, Karin Pape, Thomas Händel, Eva Illouz, John Kelly und anderen.

AUS DEM KARL DIETZ VERLAG BERLIN

Stefan Kalmring

DIE LUST ZUR KRITIK

EIN PLÄDOYER FÜR SOZIALE EMANZIPATION

400 S., KLAPPENBROSCHUR, 29,90 EURO,

ISBN 978-3-320-02263-1, KARL DIETZ VERLAG BERLIN

Als der alte Engels die Anhänger beschaute, die Marx und er gewonnen hatten, war er keineswegs nur glücklich: «Es ist ... leider nur zu häufig, dass man glaubt, eine neue Theorie vollkommen verstanden zu haben und ohne weiteres handhaben zu können, sobald man die Hauptsätze sich angeeignet hat, und das auch nicht immer richtig. Und diesen Vorwurf kann ich manchem der neueren «Marxisten» nicht ersparen, und es ist da dann auch wunderbares Zeug geleistet worden.» Stefan Kalmring unternimmt eine «tour de raison» durch das Denken der europäischen und nordamerikanischen Linken, dabei kommt ihm so mancher «Marxist» unter, der unter Marxens Banner «wunderbares Zeug geleistet» hat.

AUS DEM VSA-VERLAG HAMBURG

Bodo Ramelow (Hrsg.)

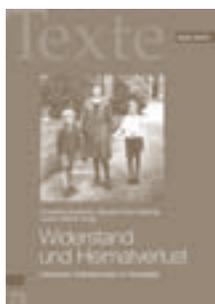
MADE IN THÜRINGEN?

NAZI-TERROR UND VERFASSUNGSSCHUTZ-SKANDAL

224 S., 12,80 EURO, ISBN 978-3-89965-521-6,

VSA-VERLAG HAMBURG

Zehn Morde, mehrere Sprengstoffanschläge und zahlreiche Banküberfälle gehen auf das Konto des «Nationalsozialistischen Untergrunds». Die Täter waren keine isolierte Zelle, sondern fest in organisierte Strukturen der Neonazi-Szene eingebettet. Der Staat hat bei der Bekämpfung dieser Strukturen versagt – war er auf dem rechten Auge blind? «Wir wollen mit diesem Buch auf das Entstehen des braunen Terrors sowie auf das jahrelange Wegschauen von Verantwortlichen in Politik und Sicherheitsbehörden aufmerksam machen. Wir wollen das dubiose Handeln der Geheimdienste ins Licht der Öffentlichkeit zerren und die bisherigen Bemühungen um die parlamentarische Aufklärung resümieren.» (Aus dem Vorwort von Bodo Ramelow)



«Weder vertragen Menschen einen Stiefel im Gesicht, noch hält die Natur ihren Missbrauch als Müllhalde aus. Umsteuern im Interesse der <99 Prozent> kann nur demokratisch erfolgen, egal ob bei der Eurokrise oder im Bereich der Energieversorgung vor Ort. Die Politik der Hinterzimmergespräche und geschlossenen Sitzungen muss gebrochen werden.»

LUTZ BRANGSCH UND MICHAEL BRIE